

Wilhelm Mensing

Gestapo V-Leute kommunistischer Herkunft – auch ein Strukturproblem der KPD?

Linke und rechte Feinde der Weimarer Republik im offenen und verdeckten Kampf

Die Geschichte der Weimarer Republik begleiteten zwei politische Bewegungen, die sich zwar zum Teil ihrer Einrichtungen bedienten, diese aber beseitigen und durch eine Gesellschafts- und Staatsordnung nach ihrer Vorstellung ersetzen wollten: Die kommunistische und die nationalsozialistische Bewegung.

Beide strebten eine je von ihnen gestaltete und beherrschte Staats- und Gesellschaftsordnung an. Beide empfanden sich als revolutionäre Bewegungen, nicht als Parteien innerhalb des Rahmens der Weimarer Verfassung. Beider Ziel war nicht die Ausgestaltung dieser Verfassungsordnung nach ihren Vorstellungen, sondern ihre Abschaffung und Ersetzung durch die je eigene Ordnung. Beide akzeptierten nicht das zum Grundbestand des demokratischen Rechtsstaats gehörende staatliche Gewaltmonopol. Beide bekämpften die Verfassungsordnung der Republik und einander mit allen ihnen geeignet erscheinenden Mitteln; dabei waren die Kommunisten wohl im Ganzen qualitativ und quantitativ aggressiver als die Nationalsozialisten, aber der Wille zur Vernichtung der je anderen Seite bei beiden deutlich.¹

Zu den Kampfmitteln zählten bei beiden schon in den frühen zwanziger Jahren von ihnen unterhaltene paramilitärische Einheiten (SA, *Roter Frontkämpferbund*/RFB) und Nach-

1 Dazu eingehend Christian Striefler: Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, Einleitung und passim. Strieflers Darstellung ist allerdings nicht frei von Einseitigkeiten. So stellt er zwar den illegalen Nachrichtendienst der KPD, nicht aber die entsprechenden Dienste der NSDAP und der SA dar. Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933, Essen 2002, der Striefler „vorwissenschaftliche Grundpositionen“ nachsagt, sieht dagegen die Militanz der extremen Linken eher als sekundär gegenüber dem Versuch der extremen Rechten, die „Macht über die Straße“ zu gewinnen. Schumanns Wertungen kommunistischer Gewaltbereitschaft sind z.T. schwer nachvollziehbar, z.B. „Mordanschläge gehörten nicht zum Verhaltensrepertoire der kommunistischen Basis“, wogegen allein an Rhein und Ruhr etliche Beispiele stehen (vgl. nur die Polizistenmorde Hommer/Essen, Niederwerfer/Gelsenkirchen, Zieroth/Dortmund; auch den Bericht „Der Kleinkrieg der Radikalen“ in „Der Deutsche“ Nr. 70 v. 24.3.1931), oder, wenn er dem RFB und dem AM-Apparat nur „bei einem kleinen Zirkel eingeschworener Aktivisten“ positive Resonanz zuerkennt (S. 365) oder „Auftritte des RFB“ als „Element der kommunistischen Festkultur“ bezeichnet (S. 253), aber z.B. die „Geschichte der Militärpolitik der KPD 1918–1945“ (Berlin 1987) und Bernd Kaufmann/Eckhard Reisener/Dieter Schwips/Henri Walther: Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993 (im folgenden: Kaufmann u.a.: Der Nachrichtendienst), überhaupt nicht auswertet. Eine weitergehende Auseinandersetzung mit den beiden Autoren ist aber hier weder geboten noch möglich.

richtendienste, die sie gegen die Organe der Weimarer Republik und gegeneinander defensiv und offensiv einsetzten.²

Von den Nationalsozialisten wurden „Abwehr“-Organisationen besonders intensiv gepflegt. Die geheimdienstliche Ausspähung, „Zersetzung“ und Desinformation des Gegners war ein hoch geschätzter Traditionsbestand der völkischen Bewegung. Die NSDAP-Reichsleitung unterhielt eine eigenständige Sicherheits-Abteilung („S-Amt“), die SA eine Abwehr-Abteilung. Die SS legte sich 1931 einen *Sicherheitsdienst* (SD) zu.

Die *Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation* (NSBO) war in die Leitung der Partei-Organisation der NSDAP zunächst als Haupt-Abteilung VI eingebaut; vor Januar 1933 war ihr Geheimer Nachrichtendienst hinter mehreren Leitungsfunktionen versteckt. Mit einem Parteibefehl des Führer-Stellvertreters Heß im Juni 1934 kam die Bereinigung: Der SD war nach dem 15.7.1934 einziger Nachrichtendienst (ND) der NSDAP, sonst gab es keinen Nachrichten- oder Abwehrdienst der Partei mehr, auch nicht in der Form einer Inlands-Nachrichtenorganisation für außenpolitische Zwecke. Der Nachrichtendienst der Deutschen Arbeits-Front existierte nur noch unter den Fittichen des SD.³ Der SD allerdings spielte in der Bekämpfung der politischen Gegner, richtiger: Feinde, vor allem im Vorfeld der Gestapo-Tätigkeit eine sehr wichtige Rolle. Die Sicherheitsabteilung der SA wurde liquidiert.

Die KPD gehörte zu jenen Parteien der Kommunistischen Internationale, die bereits frühzeitig „spezifische Organe zur Erkundung, Entlarvung und Abwehr der geheimen Pläne, Absichten und Machenschaften des Klassengegners, zur Aufdeckung von Spitzeln und Provokateuren“ errichtete. Die ersten Ansätze dafür reichen bis in die Zeit der Novemberrevolution zurück. Alsbald nach der Gründung der KPD Ende 1918 bildete sich bei ihrer Zentrale „eine kleine Gruppe von Genossen“ heraus, die vorwiegend zur Beobachtung und Bearbeitung „besonders gefährlicher Polizeispitzel“ eingesetzt wurden.

Im Herbst 1919 wurde eine spezielle Abwehrstelle eingerichtet und bei den Bezirksleitungen mit der Bildung von Untersuchungskommissionen begonnen. Aufgabe der Untersuchungskommissionen war es, die Abwehr von Spitzeln und Provokateuren zu organisieren. Die Erkenntnisse über feindliche Spitzel und Provokateure waren an die Abwehrstelle der Zentrale zu melden. Diese organisierte die Spitzelwarnung im Rahmen der Gesamtpartei.⁴

Abwehrarbeit wurde von frühester Zeit an als defensive und offensive begriffen. Verstanden wurde darunter insbesondere einerseits die Entlarvung von Agenten, Spitzeln und Pro-

2 Auf Darstellungen zur Geschichte der SA sei hingewiesen: Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, überarbeitet neu herausgekommen unter dem Titel Geschichte der SA, München 2003. – Die Geschichte des roten Frontkämpferbundes stellen dar: Kurt Finkler: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin (Ost), 1981 (aus der MfS-Perspektive geschrieben) und Kurt Schuster: Der rote Frontkämpferbund, Düsseldorf 1975 (aus „bürgerlicher“ Sicht); recht eingehend auch Striefler a.a.O., vor allem S. 222ff.

3 Zu Einzelheiten vgl. Karl Heinz Roth: Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933–1938, Bremen 2000 (zit. Roth: Facetten), S. 15f.

4 Vgl. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig „BStU“) Archiv der Zentralstelle MfS – HA IX/11 SV 1/81 Bd 2 Bl. 218ff., Vorlage Hauptabteilung IX Leiter v. 30.12.1987 an „Genossen Minister“ und Anlage dazu.

vokateuren, andererseits das Eindringen in gegnerische Nachrichten-, Polizei- und Abwehrorgane.

Für die Quellen der Informationen in mündlicher und schriftlicher Form verwendete der *AM-Apparat* [Anti-Militaristischer Apparat] die üblichen Bezeichnungen aus dem Betrieb von Nachrichtendiensten: „Vertrauensleute“ waren in der Regel Genossen, die den Apparat unterstützten. „Mittelsmänner“ oder „Agenten“ hießen die Personen, die vorwiegend aus finanziellem Interesse oder aus Abenteuerlust für den Apparat tätig wurden. Zur Geheimhaltung erhielten sie meist Decknamen, sonst Nummern.⁵

Schon in den ersten Jahren der Tätigkeit der KPD erhielten auch die Bezirke der Partei eigene „Nachrichtenleiter“, die ihrerseits Mitarbeiter in den untergeordneten Organisationen heranbildeten. So gab es schon zu Anfang der 20er Jahre einen, offenbar im Sinne der Partei gut funktionierenden, Nachrichtenapparat im Bezirk Mittelrhein. Nach Einschätzung der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit verfügte der *AM-Apparat* bereits in den 20er Jahren über äußerst wertvolle Informationsquellen innerhalb der faschistischen Bewegung.⁶

Für die revolutionäre KPD, die bestrebt war, die Erfahrungen der Leninschen Partei, auch die des illegalen Kampfes, der konspirativen Arbeit, für sich zu nutzen, vor allem für ihre Führung, gehörten „Abwehr“ und „Nachrichtenarbeit“, die Einrichtung entsprechender Arbeitsbereiche, das Verhalten nach den Regeln, die gleichzeitige legale und illegale Tätigkeit verlangten, zum existenznotwendigen Instrumentarium ihrer politischen Arbeit. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit, gegen die SPD etwa, wurde nicht verheimlicht; vielmehr rühmte die KPD sich ihrer jedenfalls noch 1931.⁷

Die Gleichzeitigkeit von offenem und clandestinem Kampf gegen den bürgerlichen Staat, aber auch gegen konkurrierende politische Parteien und Bewegungen, bestimmte von Anfang an auch die Strukturen der Kommunistischen Partei und die Denk- und sogar die Lebensweise mindestens derjenigen ihrer Mitarbeiter, die den Klassenkampf in den geheimen „Apparaten“ führten.

Viele Parteianhänger hatten, nicht nur in den Anfangsjahren der Partei, sondern noch in der erzwungenen völligen Illegalität und Untergrundarbeit der NS-Zeit, beträchtliche Schwierigkeiten, solche Regeln zu verinnerlichen. Die Feststellung aus den 20er Jahren: „Der größte Spitzel, den die Polizei in unseren Reihen hat, ist die Geschwätzigkeit und Vertrauensseligkeit vieler Parteigenossen“⁸ belegt diese Schwierigkeiten. Gerade das, was diese vielen Parteigenossen für den Anhänger der offenen Gesellschaft jedenfalls dem Grunde nach menschlich und umgänglich erscheinen lässt, stellte ihre Eignung als Mitglieder der revolutionären Partei in Frage.⁹

5 Dieter Stiebert/Rainer Rudolph: Diplomarbeit, MfS Jurist. Hochschule Potsdam 1976 „Der konspirative antimilitaristische Kampf des ehemaligen AM-Apparates der KPD. Beispiel und Vorbild des tschechistischen Kampfes im Dienst der Arbeiterklasse“, BStU MfS – HA IX Nr. 18002, S. 23, 27f., 141 (im Folgenden: Stiebert/Rudolph).

6 Stiebert/Rudolph, S. 134, allerdings nicht näher belegt.

7 Vgl. etwa „Kommunistische Spitzelarbeit in der SPD“, „Der Deutsche“ Nr. 105 v. 6.5.1931.

8 Stiebert/Rudolph, S. 142.

9 So führt der Berliner Verfasser eines geheimen Berichts an die Parteileitung vom Februar 1936 Klage

Die „Erziehung“ der Parteimitglieder nach den Maßstäben des Apparates, in der KPD seit frühester Zeit geübt, später ergänzt durch Parteireinigungen nach sowjetischem Vorbild und durch das Aufspüren und Verfolgen von Abweichertum, trug dazu bei, in der KPD eine Grundstimmung von Misstrauen untereinander zu schaffen.

Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Partei, von Anbeginn nicht nur mit Hilfe eigener Genossen, sondern auch mit bezahlten, politisch „außenstehenden“ Agenten betrieben,¹⁰ führten sie bald und unvermeidlich in geheimdienstliche Dschungelkämpfe. Schon seit 1919 musste die KPD „Spitzelalmanache“ herausgeben, in denen sie die Parteiorganisationen vor Personen warnte, die zum nicht geringen Teil in die eigenen Reihen gehört hatten.¹¹

Nach einer anonymen „Disposition über Provokation und Spitzelei und deren Abwehr, insbes. durch Konspiration“ – wohl Grundlage eines Referats vor Parteifunktionären aus dem Jahre 1931 oder 1932 – „entlarvte“ die Partei im Jahre 1930 70 Spitzel, darunter 39 Polizeispitzel, 9 Nazis, 3, die für Polizei und Nazis zugleich arbeiteten.

Die wichtigsten Einbruchsstellen, so der Referent, seien Oppositionsgruppen (rechte und „linke“ Opportunisten).¹² Als sehr problematisch für die Parteiarbeit empfand er die Verbreitung des Gerüchts, die ganze Partei sei mit Spitzeln durchsetzt. Der offensichtlich selbst dem Apparat entstammende Referent warnte dann aber seinerseits: Bürgerliche Rechtsanwälte, die die Verteidigung eines Proletariers übernehmen, seien oft Spitzel. Vorsicht sei auch Rechtsanwälten der Roten Hilfe gegenüber geboten. Ganze Organisationen könnten durch Anwerbung von Leuten aus dem technischen Apparat bespitzelt werden. Beispielhaft nannte er Sekretärinnen, Stenotypistinnen, Aufwartefrauen. Auch gegenüber „Familienangehörigen (Ehefrauen!)“ schärfte er die Einhaltung der Konspiration ein.¹³

Das Problem verschärfte sich mit der außerordentlichen Mitgliederfluktuation, die die KPD in den letzten zwei Jahren vor dem Beginn der NS-Herrschaft erlebte. Trotz Schulung war, nach eigener Einschätzung der Partei, ein beträchtlicher Teil der Neumitglieder „noch nicht fest von der kommunistischen Weltanschauung durchdrungen“.¹⁴

über „Kettenverhaftungen“, „weil immer noch die Gen. den familiären Verkehr untereinander nicht abgebrochen haben“, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: SAPMO BArch) RY 1/I 2/3/95 Bl. 33ff.

10 Peter Huber: Sowjetische und parteikommunistische Nachrichtenkanäle in der Schweiz, in: Hans Schafranek/Johannes Tuchel: Krieg im Äther, Wien 2004 (im Folgenden: Schafranek/Tuchel: Krieg im Äther) S. 78 ff. (85), liefert für 1938 sogar ein Beispiel für die Bezahlung von Genossen für das Auskundschaften angeblicher Spitzel und Verräter aus der Partei.

11 Vgl. Kaufmann u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 117, 123 und passim.

12 Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bde. I und II, Frankfurt am Main 1969 (im Folgenden: Weber: Die Wandlung I bzw. II) I, S. 322, weist darauf hin, dass schon sehr früh die Furcht vor Polizeiagenten zum Mittel der Verdächtigung innerparteilicher Oppositioneller gemacht worden sei.

13 Disposition über Provokation und Spitzelei und deren Abwehr, insbes. durch Konspiration, Bundesarchiv Berlin (künftig „BArch“ ohne weiteren Zusatz) R 1501 Bd 1 Bl. 403ff. RMDI/alt St 10/113 Interner Apparat der KPD – Nachrichtendienst, Juni 1930 – Febr. 1934. – Die Tatsache, dass hier nur Frauen als „Risikofaktoren“ genannt werden, ist eine gesonderte Erörterung wert.

14 SAPMO BArch RY1/I2/705/4 Bl. 117–128, Bericht an das Politbüro der KPD, ohne Datum, nach

Die Praxis lehre, fanden Funktionäre, dass eine beständige Prüfung eines jeden vor und nach der Aufnahme erforderlich sei. Durch Prüfen, Kontrollieren, Beobachten, Sammeln von Unterlagen über die gesamte Parteimitgliedschaft, so versprachen sie, würden Spitzel, Provokateure, Betrüger u.a. aufgespürt und entlarvt. Die angebliche Abschreckung von Sympathisanten durch solche Methoden zähle nicht. Ihnen sei entgegenzuhalten, die KPD sei die einzige Partei, die unerbittlich gegen Spitzel kämpfe.¹⁵

Das war gewiss richtig. Aber dass andere Parteien oder Großgruppen mit dem Spitzel-Problem nicht in vergleichbarer Dimension konfrontiert waren und wo die Ursachen dafür lagen, konnte in der Partei nicht diskutiert werden, weil eine solche Diskussion systemsprengend gewesen wäre.¹⁶ Schon die in Anspruch genommene Alleinstellung als entschieden antifaschistische Organisation und damit einzig ernsthafter Gegner der NSDAP sowohl wie der Anhänger der Republik machte Erörterungen solcher Art auch überflüssig.¹⁷ So stellt sich schlaglichtartig, was die Disposition der KPD und ihre Struktur in Sachen Nachrichtendienste, V-Leute und Spitzel angeht, ihre Situation im Moment der heraufziehenden NS-Herrschaft dar.

Und dann fiel die staatliche Macht, die schon bisher der KPD mit einem zeitweiligen Verbot, mit vielen polizeilichen Mitteln und denen der Justiz erheblich und bisweilen härter als ihren nationalsozialistischen Gegnern zugesetzt hatte, ebendiesen Gegnern zu. Den Nationalsozialisten, mit denen sich die Kommunisten jahrelang gewalttätig auseinandergesetzt hatten, die sie – auf Gegenseitigkeit – nachrichtendienstlich auszuforschen und zu „zersetzen“ versucht hatten.

den Umständen offenbar Sommer 1934. Inhaltlich zum erheblichen Teil auf die Zeit vor der NS-Machtübernahme eingehend.

15 Vgl. Anm. 14.

16 Wohl fiel das anderen auf. So heißt es in einem SPD-Bericht aus Westdeutschland aus dem Frühjahr 1934: „Obwohl die Kommunisten behaupten, ihre Reihen gesäubert zu haben, trauen sie sich selbst nicht und wittern in jedem Mitarbeiter einen Verräter. Unsere Genossen halten sich glücklicherweise von ihnen fern. Mir ist kein Fall bekannt geworden, dass irgend einer von den unseren mit hochgegangen ist.“ Deutschland Berichte der Sopade, Erster Jahrgang 1934, 2. Aufl. Salzhausen 1980, S. 77f.

17 Wie sehr die Partei Gefangene ihrer (und das heißt, der von der sowjetischen Partei vorgegebenen) Struktur war, zeigte sich noch zwei Generationen später, als die SED bei der historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des AM-Apparates in der NS-Zeit dessen Leistungen zum erheblichen Teil auf der Grundlage der Gestapoberichte über deren Erkenntnisse aus Verhören der Apparat-Mitarbeiter darstellte, ohne zu diskutieren, dass diese Berichte doch nicht zuletzt die Erfolge der Gestapo und damit die (relative) Erfolglosigkeit der kommunistischen Apparat-Arbeit vor Augen führten. Vgl. beispielhaft die Darstellung der führenden AM-Funktionäre Otto Kropp und Ulrich Osche, die 1935 bis zur jeweiligen Verhaftung im Rheinland tätig waren, in: BStU MfS JHS 22063, vor allem S. 202ff.

Zur Begriffsverwendung – Quellenmaterial – Zur Menge der V-Leute aus der KPD und ihrem Umfeld im Dienst von Gestapo und Vorfeldorganisationen

Zu zwei für diese Untersuchung zentralen Begriffen ist eine Anmerkung geboten.

a) Für die (geheimen) Informanten der NS-Nachrichtendienste, die für diese nach deren Weisung tätig wurden, verwende ich ständig die Bezeichnung V-Leute [VM/Vertrauens-/Verbindungs-Mann/Frau]. Das ist die bei den meisten staatlichen, aber auch bei den von den zwei Bewegungen in der Weimarer Zeit getragenen Nachrichtendiensten, der kommunistischen wie der nationalsozialistischen, im jeweils eigenen Sprachgebrauch wie in dem der jeweiligen Gegner übliche Bezeichnung. Die Bezeichnung wurde (und wird auch hier) unterschiedslos für geheime Informanten staatlicher wie von Parteien oder Bewegungen organisierter Nachrichtendienste verwendet.

Erst bei denjenigen geheimen Informanten der NS-Nachrichtendienste oder der Gestapo, die im Zusammenhang mit ihrer Schutzhaft, vor allem der Entlassung daraus, im Frühjahr 1933 in Dienst genommen wurden, könnte man im Hinblick auf ihre typischerweise anzunehmende unfreiwillige Rekrutierung die Frage aufwerfen, ob sie, wie die zuvor Genannten, als V-Leute bezeichnet werden dürfen. Dies allerdings nur, wenn man die Bezeichnung ihrer Funktion von dem Grad ihrer inneren Zustimmung zu derselben abhängig machen wollte. Eben das geschieht hier nicht. Denn nicht nur, dass dieser Grad innerer Zustimmung weder zur Zeit des Geschehens, geschweige denn im historischen Abstand zuverlässig ermittelt werden kann. Er ist auch für ihre Aufgabe, die geheime Weitergabe von Kenntnissen über die Tätigkeit der illegalen KPD an einen NS-Nachrichtendienst, und deren Wahrnehmung nicht bestimmend. Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der gelieferten Informationen, die von der Freiwilligkeit oder Unfreiwilligkeit, mit der die Indienstnahme geschah, beeinflusst sein mögen, sind für die Qualität eines VM, für seinen Wert als Nachrichtenquelle von Bedeutung, nicht aber für die Beantwortung der Frage, ob eine Person VM ist oder nicht.

Zwar ist nicht zu übersehen: Der Zweck der Indienstnahme einer V-Person kommunistischer Herkunft durch die Polizei ändert sich mit deren Umwandlung zur Gestapo. Es geht nicht mehr um Nachrichtengewinnung mit dem Ziel, über Aktivitäten und Ziele einer verfassungsfeindlichen oder staatsfeindlichen Organisation informiert zu sein, um bei Bedarf mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen sie vorgehen zu können, etwa mit dem Mittel des Verbots. Es geht vielmehr um die Gewinnung von Informationen zum Zweck der schließlichen Vernichtung der kommunistischen Organisation. Das ist erklärtes Ziel der Nationalsozialisten.

Dieser Unterschied gilt allerdings nur für V-Leute der Polizei mit deren Übernahme auf die Gestapo oder in den Dienst des SD. V-Leute der Nachrichtendienste der NS-Parteiorganisationen wurden schon vor der Machtübernahme für alle Beteiligten erkennbar zu diesem Zweck in Dienst genommen. Allein die Umsetzung dieses Zweckes war noch nicht absehbar, da dafür noch keine staatlichen Machtmittel zur Verfügung standen.

Aber der Endzweck, zu dem V-Leute in Dienst genommen wurden, mochte Folgen für deren Auswahl, für die Mittel zu ihrer Gewinnung, für den Umgang mit ihnen, für deren

Motive, die Indienstnahme zu suchen oder sich darauf einzulassen, Bedeutung haben. Die Funktion als menschliche Quelle geheimer Informationen für einen Nachrichtendienst bleibt die gleiche.

Die Formulierung „in Dienst genommen“ oder „Indienstnahme“ wird grundsätzlich für alle V-Leute gewählt. Sie bringt einerseits die Passiv-Situation der Betroffenen, ihre Instrumentalisierung zum Ausdruck.¹⁸ Denn stets lag die Entscheidung über die Verwendung bei den NS-Nachrichtendiensten oder der Polizei/*Gestapo*-Dienststelle, nicht bei den Betroffenen. Andererseits lässt diese Begriffsverwendung die Umstände der Indienststellung, Freiwilligkeit oder Druck in unterschiedlichen Stufen, offen.

Die „Indienstnahme“, also das Tätigwerden auf Order, liefert zugleich eine in der Regel klare Abgrenzung zum Denunzianten, dem aus eigenem Antrieb einmalig oder gelegentlich der Polizei oder einem Nachrichtendienst Informationen Zutragenden.¹⁹

b) Die Weimarer Vorgeschichte zum Arbeitsgegenstand, bei der sich wesentliche regionale Besonderheiten im Untersuchungsbereich nicht gezeigt haben, ist auf Quellen gestützt, die ganz überwiegend sich auf Deutschland insgesamt beziehen oder die beispielhaft für ganz Deutschland stehen können, angereichert nur um einige Beispielfälle aus dem Rhein/Ruhr-Raum.

Die Geschichte des Nachrichtendienstes der KPD ist sehr intensiv erforscht. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hat über lange Jahre mit umfangreichen Kräften die Geschichte des AM-Apparates der KPD und ihres Nachrichtendienstes bis zur Auflösung in den Jahren 1936/37 aufgearbeitet. Ihm stand einerseits das Parteiarchiv der KPD/SED im Institut für Marxismus/Leninismus zur Verfügung, andererseits das umfangreiche NS-Aktenmaterial, das die KPD mit Unterstützung der Roten Armee unmittelbar nach der Besetzung Berlins „sichergestellt“ hatte. Was da als Lehrmaterial für die Tscheaken, als Parteigeschichte, als Stoff für die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland und ihren Diensten gesammelt und analysiert wurde, war natürlich als vertrauliche oder geheime Verschlussache klassifiziert und nicht zur Veröffentlichung gedacht.²⁰

Nach der Wende hat ein „Kollektiv“ von ehemaligen MfS-Angehörigen unter Führung von Bernd Kaufmann, die auf die eine oder andere Weise an dem Projekt beteiligt gewesen waren, Teile des Materials zu einer 1993 erschienenen Veröffentlichung über den Nachrichtendienst der KPD verarbeitet.²¹ Da diese Veröffentlichung – mit einer gewissen gedankli-

18 Sie lässt sich übrigens mit aller Deutlichkeit auch am Sprachgebrauch der Gestapo ablesen: VM werden „benutzt“, „in Anspruch genommen“ (HStA RW 58 57215), „angesetzt“ (RW 58 48122), „bestimmt“ (RW 58 20426), „in das N-Netz eingebaut“ (RW 58 2888 und BArch R 58 362 Gestapa-Lagebericht v. 11.4.39), „gebraucht“ (RW 58 26498).

19 Ganz ähnlich die Unterscheidung auch bei Gisela Diewald-Kerkmann: Denunziantentum und Gestapo, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 298 (im Folgenden: Paul/Mallmann: Die Gestapo).

20 Vgl. die abschließende Darstellung in: BStU Archiv der Zentralstelle MfS – HA IX/11 SV 1/81 Bd 2 Bl. 218ff., Vorlage Hauptabteilung IX Leiter v. 30.12.1987 an Genossen Minister und Anlage dazu.

21 Kaufmann u.a.: Der Nachrichtendienst.

chen und sprachlichen Anpassung an die geänderten Zeiten – durchgehend das vom MfS erarbeitete Material verwendet, erscheint es mir sinnvoll, in der Regel gleich auf dieses Material zurückzugreifen. Es gehört jetzt zu den Beständen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.²² Die für den – durch die Geheim-Einstufung stark eingeschränkten – Hausgebrauch ausgearbeiteten Darstellungen der MfS-Offiziere haben, bei aller selbstverständlichen Parteilichkeit, dank der Vorstellung der Bearbeiter, nur internes Material zu produzieren, oft den Vorzug einer gewissen Offenheit. Doch finden sich auch in den 80er Jahren noch tabuisierte Sachverhalte, zu denen es dann bei Kaufmann einen Ansatz von rationaler Erklärung gibt.²³

Es gibt keine nicht-parteiliche Aufarbeitung ähnlich umfangreichen Materials und wird sie angesichts des dazu erforderlichen Aufwandes auf absehbare Zeit wohl auch nicht geben. Deshalb werden die MfS-Zusammenstellungen und -Analysen, kritisch gewertet, als Arbeitsgrundlage für die Erkundung der Tätigkeit des KPD-Nachrichtendienstes genutzt, soweit dies hier nötig ist.

Die folgende Skizze der Indienstnahme von V-Leuten vor allem kommunistischer Herkunft für die nationalsozialistische Verfolgung der KPD, der Voraussetzungen und Methoden, der „Erfolge“ und „Misserfolge“ aus der Perspektive der Verfolger und der Verfolgten, konzentriert sich auf den Bereich der Gestapo leitstelle Düsseldorf, mit einigen Ergänzungen aus anderen Bereichen, vor allem den angrenzenden Dortmund und Münster, eingeschlossen einzelne Erkenntnisse aus der Tätigkeit einiger V-Leute des Reichssicherheitshauptamtes, die Berichte zu Ereignissen und Personen aus der Region geliefert haben. Sie schöpft dazu in erheblichem Umfang regionale Quellen aus.

Zu diesen regionalen Quellen sind einige Anmerkungen zu machen.

Das umfangreichste Quellenkonvolut ist der Bestand des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf (HStA)²⁴ an Gestapoakten aus dem Bereich der Gestapo(leit)stelle Düsseldorf, und aus diesem Bestand sind es die weit über 60.000 Betroffenenakten.²⁵ Gegenstand dieser Akten ist

22 Bei BStU MfS SV 1/81 sind die mehreren 100 Bände zusammengefasst.

23 Etwa die in der abschließenden Vorlage des Leiters der Hauptabteilung IX an den „Genossen Minister“ vom 30.10.1987 getroffene Feststellung, der AM-Apparat der Partei sei im Verlaufe des Jahres 1937 oder Anfang 1938 „aus bisher unbekanntem Gründen“ aufgelöst worden. Kaufmann u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 433, kennen 1993 dann doch Gründe: Machtinteressen Ulbrichts und die Einrichtung eines parteiinternen Sicherheits- und Kontrollsystems nach sowjetischem Muster, a.a.O. S. 433ff.

24 Seit der Errichtung des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen durch Bek. d. Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport v. 14.11.2003 – 1.1.0200 – mit Wirkung vom 1.1.2004 ist das HStA Düsseldorf eine Einrichtung des Landesarchivs. – Die Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf werden im folgenden mit „HStA“ zitiert; werden mehrere Akten nacheinander angeführt, wird nur einmal „HStA“ vorgesetzt. Akten des ebenfalls zum Landesarchiv gehörenden Staatsarchivs Münster wird „StA MS“ vorangesetzt.

25 Ein kleinerer Bestand an Gestapoakten findet sich im Staatsarchiv Würzburg. Er enthält zwar vereinzelte Hinweise auf unzuverlässige V-Leute der Stapo Dortmund, die in der Dokumentation Der Polizeipräsident Dortmund (Hg.): Dokumentation „Die Entwicklung der westfälischen Staatspolizeistelle Dortmund im Regierungsbezirk Arnsberg“ 1933–1945, Band I (Bearb. Alexander Primavesi), als MS gedruckt, angeführt sind, ist aber sonst für den Gegenstand der Untersuchung unergiebig, wie dem Verfasser aus dem Archiv versichert wurde.

durchweg eine gegen eine Person gerichtete oder auf sie bezogene Ermittlung der Gestapo. Aber die Akten sind in vielen Fällen nicht nur Opfer- sondern auch „Täter“-Akten insofern, als nicht nur ganz ausnahmsweise Personen, gegen die die Gestapo ermittelt, im Laufe der Ermittlungen oder des sich anschließenden Strafverfahrens einschließlich des Strafvollzuges, zu V-Leuten werden, die im Dienst der Gestapo deren Ermittlungen gegen andere Personen unterstützen. „Täter“-Akten gelegentlich auch insofern, als sie über die bloße Wiedergabe von Berichten hinausgehende Auskunft geben über V-Personen, die bereits im Dienst der Gestapo stehen. Die daneben vorhandenen wenigen „Generalakten“ enthalten neben einigen Dienstanweisungen wohl überwiegend im Zusammenhang mit deren Vollzug erhaltene Teile aus unmittelbar personenbezogenen Akten; wenig darunter, was mit der Tätigkeit von Vertrauensleuten der Gestapo zu tun hat.

Die Quellensituation wird schneller deutlich, wenn man feststellt, was es in Düsseldorf (und mangels anderer Bestände heißt das zugleich in ganz Nordrhein-Westfalen) nicht gibt: Keine Kartei, kein sonstiges Verzeichnis von Gestapo V-Personen (zu ergänzen ist: auch keines aus dem Bereich des SD der SS oder eines anderen NS-Nachrichtendienstes); keine Personalakten von V-Personen; keine Sammlung von VM-Berichten, auch keine von einer einzelnen V-Person; keine Akten über die Vergütung von V-Personen.²⁶

Es gibt lediglich eine vor Jahrzehnten wohl von einer zeitweiligen Hilfskraft angelegte V-Leute Kartei von etwa 190 Karten, die eine offenkundig unvollständige Liste von Namen oder Decknamen von Personen mit Angabe der Signaturen enthält, in denen sie auftauchen.²⁷ Immerhin geben einige Autoren, die sich mit dem Widerstand der KPD gegen den NS-Staat beschäftigt haben, einzelne Hinweise auf Düsseldorfer Gestapoakten, in denen von V-Personen die Rede ist.²⁸

26 Wohl sind einzelne Angaben über Vergütungen von VM etlichen Personenakten zu entnehmen. Erhalten sind in Düsseldorf auch die Richtlinien des *RFSSuChdDtPol* im RMdI v. 24.6.37 – S.V. 2 Nr. 8/37 Sdfts –, auszugsweise wiedergegeben in Vfg Gestapo/Stapoleitstelle Düsseldorf IC v. 16.7.37 Geheim (Bl.212–215), dazu Berichtigung/Ergänzung ohne Datum (Bl. 211, HStA RW 36–8), die allerdings keine Regeln zur Höhe laufender Vergütungen enthalten. „Lohnlisten“ in Akten des RSHA geben aber auch eine Vorstellung über die an VM der Gestapoleitstellen gezahlten Vergütungen.

27 Es hat ein Verzeichnis vor allem der V-Personen kommunistischer Herkunft im Bereich der Gestapoleitstelle Düsseldorf gegeben (vielleicht existiert es noch irgendwo): Britische Nachrichtendienst-Offiziere haben 1946/47 die Bestände durchgesehen, Lebensläufe angefertigt und mit einigen Betroffenen Gespräche geführt. Als Ergebnis ist u.a. ein „Katalog“ mit Personendaten von kommunistischen V-Personen entstanden, vgl. BArch ZR 939 A. 11 [nicht pagin.]. Es gelang bisher nicht, diesen „Katalog“ ausfindig zu machen.

28 Z.B. Peukert: Die KPD im Widerstand, öfter, aber keineswegs durchgehend und unter Verzicht auf ein Personenverzeichnis; Heribert Schüngeler: Widerstand und Verfolgung in Mönchengladbach und Rheydt 1933–1945, Hg. Stadt Mönchengladbach/Stadtarchiv (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mönchengladbach 22) Mönchengladbach 1985, Diss. Aachen, (im Folgenden: Schüngeler: Widerstand und Verfolgung) recht konsequent, allerdings nur mit Namenskürzeln: Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Historisch-politische Schriften, Hannover 1969 (im Folgenden: Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus) öfter.

Umfangreiche Information liefern die NS-Aktenbestände, die mit der Auflösung des MfS an das Bundesarchiv bzw. an die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegangen sind.²⁹ Nicht ganz wenige Auskünfte lassen sich auch aus Ermittlungsakten vor allem der vielen – im damaligen Jargon – VZH-Verfahren (Vorbereitung zum Hochverrat, der typische Straftatbestand bei der Verfolgung illegal tätiger Kommunisten) gewinnen, die im Kalkumer Bestand des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf und der Deponie des Generalstaatsanwalts Hamm, dem Staatsarchiv Münster liegen. Allerdings setzt auch die Suche dort voraus, dass man zuvor bestimmte Personen als (mögliche) V-Leute im Auge hat.

Bleiben als Quelle die Akten der Wiedergutmachungsverfahren (im HStA und bei der BezReg Düsseldorf) aus der frühen Nachkriegszeit zu erwähnen, die nicht nur ausnahmsweise auch von früheren V-Leuten in Gang gesetzt wurden.

c) Die Zahl der so ausgemachten V-Leute, die mindestens zeitweise im Bereich der Gestapo(leit)stelle Düsseldorf oder dem angrenzenden Ruhrgebiet eingesetzt waren und ganz überwiegend der KPD oder einer ihrer Nebenorganisationen (vor allem RFB, *Kommunistischer Jugendverband Deutschlands*/KJVD oder *Kampfbund gegen den Faschismus*/KgF) angehört hatten, einschließlich einiger Sympathisanten und einzelner Personen, die sich dank Herkunft oder Tätigkeit unter Kommunisten besonders gut auskannten, liegt derzeit bei etwa 120. Davon gibt es zu reichlich 70 komplexe Informationen, die – von Fall zu Fall in unterschiedlicher Dichte – Herkunft, familiäre Situation, Beruf, Parteitätigkeit, Haftzeiten, Übernahme und Beendigung einer VM-Tätigkeit und Entlohnung dafür umfassen.³⁰ Es gibt nur wenige Ansätze um zu ermitteln, ob damit die Zahl der kommunistischen oder jedenfalls aus dem KPD-Umfeld kommenden V-Leute im Bereich der Gestapo(leit)stelle Düsseldorf einigermaßen vollzählig erfasst ist.

Aus einem Gestapovermerk vom November 1941 ergibt sich, dass ein damals in Dienst genommener milieukundiger Nicht-Kommunist, der gegen Kommunisten eingesetzt wurde, „in der V.-M.-Liste der StLSt [Staatspolizeileitstelle] Düsseldorf unter der Nr. 215 eingetragen wurde“.³¹ Schreibt man diese Zahl vorsichtig bis zum Ende der NS-Zeit auf 240 fort und nimmt angesichts der Relation bei den identifizierten VM an, dass die Leitstelle etwa 2/5 der in ihrem Bereich tätigen VM selbst führte, ergäbe sich eine Größenordnung von insge-

29 Zur Geschichte der „Aktensicherstellung“ durch die KPD 1945 vgl. vor allem Michael Kubina: „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...“ Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg, IWK 3/96 S. 340ff.; Ifo-Dienste und andere parteiinterne „Vorläufer“ des MfS, Deutschland Archiv (XXXI) 6/1998, S. 994ff.

30 Die Anfügung einer vom Verfasser angelegten und ständig weiterbearbeiteten listenförmigen Übersicht auch nur über diese derzeit über 70 VM samt ihrer quellenmäßigen Belegung würde diesen Beitrag aus der Balance bringen. Ihre Veröffentlichung in geeigneter Form bleibt vorbehalten.

31 HStA RW 58 14336 Bl. 41. Hier und in der nachfolgenden Rechnung geht es also nur um solche V-Leute, die mindestens auch für die Gestapo tätig waren, nicht solche, die nur für NSDAP/SA/SD/NSBO gearbeitet haben.

samt 600 VM im Bereich der Gestapo(leit)stelle Düsseldorf. Nimmt man dann an, dass das ca. 50/50 Verhältnis von VM kommunistischer Herkunft (in dem zuvor dargestellten Sinn) zu sonstigen V-Leuten in der provisorischen HStA-Kartei etwa dem Verhältnis bei der Gesamtzahl entspricht, so käme man auf geschätzte 300 V-Leute kommunistischer Herkunft im Bereich der Gestapo(leit)stelle Düsseldorf für die gesamte NS-Zeit.

Mit Rücksicht auf die beträchtliche Unsicherheit, die schon diese Schätzung enthält, verbietet es sich, die Zahl etwa weiter hochzurechnen auf das Deutsche Reich. In der wissenschaftlichen Literatur veröffentlichte und solche Informationen, die am Rande dieser Untersuchung und teilweise zufällig über V-Leute in anderen Regionen Deutschlands sich ergeben haben, reichen für Hochrechnungen oder auch nur verantwortbare Schätzungen ebenfalls nicht aus.³²

Angesichts der zentralistischen Strukturen sowohl auf der kommunistischen als auch auf der nationalsozialistischen Seite einerseits und des über 5 v.H. der Reichsbevölkerung und über 20 v.H. der KPD-Mitgliedschaft umfassenden Untersuchungsgebietes andererseits deutet einiges darauf hin, dass die strukturellen Ergebnisse der Untersuchung doch alles in allem auf Deutschland übertragbar sein könnten.

Wieweit sie für das „Großdeutsche Reich“, vor allem für das 1938 ins Reich geholte Österreich gelten, wird sich ergeben, wenn es Hans Schafranek, Wien, möglich sein wird, eine bereits grundgelegte gleichartige Untersuchung³³ für den Bereich der Stapoleitstelle Wien und das heißt dann auch für den Bereich einer anderen kommunistischen Partei, der KPÖ, zu realisieren.

Erste Zugriffe von NS-Nachrichtendiensten und Gestapo auf die illegale KPD – Unterstützung durch Alt-Spitzel und Überläufer

Für die ersten massiven Festnahmeaktionen gegen die KPD nach ihrer Illegalisierung im März 1933 standen Informationen zur Verfügung, die die Nachrichtendienste der NSDAP und der SA und der SD der SS schon vor ihrer Machtübernahme über die kommunistischen „Lokale, Treffpunkte, Wohnadressen, Schlupfwinkel und Betriebsstützpunkte zuvor systematisch erfasst und katalogisiert hatten“.³⁴ An den eingangs erwähnten traditionellen Eifer der „Völkischen“ bei der Ausspähung ihrer Gegner ist zu erinnern. Dann setzte sehr bald ein

32 Vgl. etwa Volker Eichler: Die Frankfurter Gestapo-Kartei, in Paul/Mallmann: Die Gestapo, S. 185f. Anm. 23, über ca. 500 karteimäßig erfasst gewesene VM in Frankfurt am Main MfS-Vermerk über die Auswertung ca. 2.700 Personen betreffender Original-Karteikarten über haupt- und ehrenamtliche SD-Mitarbeiter, VM-Führer (Beobachter) und V-Leute bei der HA IX/11. Da die Kartei einerseits nur den SD betrifft, andererseits weit über den Kreis der V-Leute hinausgreift, liefert auch sie keine Grundlage für eine Hochrechnung. Vgl. hierzu BStU MfS HA IX/11 Nr. 12067 Bl. 2ff.

33 Hans Schafranek: V-Leute und „Verräter“. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: Internat. Wissensch. Korrespondenz 3/2000, S. 300ff. – Vgl. auch seine auf ganz anderem Terrain ermittelten Erkenntnisse über den Einsatz von V-Leuten in Holland in seinem Beitrag „Unternehmen Nordpol – Das ‚Englandspiel‘ der deutschen militärischen Abwehr in den Jahren 1942–1944“ in Schafranek/Tuchel: Krieg im Äther, S. 247ff.

34 Roth: Facetten, S. 12ff.

gezielter Einsatz von V-Leuten zur Aufspürung von Kommunisten und zur Zerschlagung ihrer Infrastruktur ein. Dabei spielte die für die Bekämpfung der extremistischen Parteien zuständige politische Polizei in der Regel nicht die aktivste Rolle, ganz sicher nicht, was den quantitativen Anteil an der Verfolgung illegaler Kommunisten anging. Zwar meinte man in der Führung der illegalen KPD, Göring habe „aus den Händen der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten einen gewaltigen Polizeiapparat“ übernommen, „der zum Kampfe gegen die Kommunisten gut organisiert“ gewesen sei.³⁵ Dem lagen aber mehrere Fehleinschätzungen zugrunde.

Zum einen ahnte die KPD wohl nicht, dass zu Anfang der 30er Jahre für ganz Preußen nur 300.000 RM für VM-Arbeit zur Verfügung standen.³⁶ Zum anderen ging aus der Sicht der Nationalsozialisten die Übernahme der Polizeipräsiden keineswegs durchgehend reibungslos vonstatten.³⁷

Aber es gab durchaus auch ein Stück Kontinuität in der staatlichen nachrichtendienstlichen Auskundschaftung der KPD. Fünf nachweisbar schon vor der NS-Machtübernahme für die politische Polizei im Regierungsbezirk Düsseldorf tätige V-Leute kommunistischer Herkunft konnten ermittelt werden, einer davon mehr ein krimineller Gelegenheitszuträger als ein VM.³⁸

Größer war die Zahl der Kommunisten, die sich zum Teil schon kurz vor, überwiegend bald nach der NS-Machtübernahme nationalsozialistischen Nachrichtendiensten als V-Leute zur Verfügung stellten. Sie ließen sich also ohne eine besondere individuelle Drucksituation (in einem Fall lässt sich eine Schutzhaft von einigen Wochen nicht ausschließen) als VM für den Nachrichtendienst der NSDAP, der SA oder der SS in Dienst nehmen. Wohl bei allen ging damit einher, dass sie sich mindestens äußerlich als Mitglied in einer NS-Organisation zur „Bewegung“ bekannten.³⁹ Fast alle aus dieser Gruppe wurden früher oder später für den SD der SS tätig. Der war, in Verbindung mit der politischen Polizei und dann der sich allmählich konsolidierenden Gestapo, der erfolgreichste Gegner, besser Feind der Kommunisten.⁴⁰

35 Vgl. den zuvor erwähnten Bericht an das PolBüro in SAPMO BArch RY 1/I 2/705/4 Bl. 117–128, siehe Anm. 14.

36 Carsten Dams: Staatsschutz in der Weimarer Republik – Die Überwachung und Bekämpfung der NSDAP durch die preußische politische Polizei von 1928 bis 1932, Phil. Diss. Duisburg, Marburg 2002, S. 108. Vgl. auch Weber: Die Wandlung I, S. 322 Anm. 12.

37 Vgl. z.B. für Dortmund: Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus, S. 96.

38 HStA RW 58 7573 Bl. 138ff.; 12668; 34674; 7134, 14730, 19389; 29175.

39 Dazu gehörten u.a. E. F., HStA GerRep 114 Nr. 767; W. H., HStA RW 58 26498; A.H., RW 58 24480 (möglicherweise Doppelagent); A.W. RW 58 12596.

40 Entwicklung, Struktur und Organisation von Gestapo und SD sind bei Franz Weisz: Die Nachrichtendienste von Gestapo, SD und Wehrmacht in: Schafranek/Tuchel: Krieg im Äther, S. 215ff., gestrafft dargestellt. Weisz liefert auch einen Überblick über die Strukturen der V-Leute-Arbeit vor allem des SD. Er betont – wohl auf Grund seiner österreichischen Erfahrungen – stark das Neben-, wenn nicht Gegeneinander der nachrichtendienstlichen Arbeit von Gestapo und SD. Das entspricht so nicht der Situation im Rhein/Ruhr-Gebiet.

So sah dieser *Sicherheitsdienst des Reichsführers SS/SD RFSS* in einer internen Selbstdarstellung aus: Ein selbständiges, dem Reichsführer SS unterstehendes „Organ des Staats- und Volksschutzes gegen jeden offenen und geheimen Feind der nationalsozialistischen Weltanschauung“; der „erste große Versuch, einen politischen Sicherheitsdienst weder behördenmäßig, noch als Spitzelapparat, sondern als ein diszipliniertes Korps auf der Grundlage politischen Pflicht- und Ehrgefühls zu schaffen“.

Der SD unterstand allein dem Befehl des RFSS. Zur Arbeitsweise des SD gehörte, jeden beobachteten Vorgang politischer Bedeutung in Schriftform zu berichten. Soweit beobachtete Erscheinungen „den Charakter allgemeiner oder politisch-polizeilich verfolgbarer Handlungen“ besaßen, sollte die Meldung der zuständigen Polizeidienststelle zur Erörterung und Verfolgung übergeben werden. Alle SD-Dienststellen hatten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mitarbeiter, Vertrauensleute und Zubringer heranzuziehen. Als Vertrauensleute wurden alle außerhalb der SD-Organisation stehenden Personen bezeichnet, die mit einer SD-Dienststelle ständig zusammenarbeiteten. Als Zubringer alle Personen, die nur im Einzelfalle für SD-Zwecke Verwendung fanden; darunter fielen auch „Agenten und dergleichen“. Vertrauensleute und Zubringer durften über die Aufgaben des SD nicht unterrichtet werden. Aufträge an Zubringer waren nicht von einer Dienststelle aus, sondern in geeigneter Form persönlich zu erteilen.⁴¹

Parteinachrichtendienste fungierten als „Vorfelddorganisation“ der Gestapo, entlasteten sie von Fahndungsaufgaben. Wie wertvoll der Gestapo diese Unterstützung war, zeigt beispielhaft ein Aktenvermerk der Stapo Düsseldorf aus dem März 1934 in einem Fall besonders korrupter ehemals kommunistischer ND-Leute eines SA-Sturms: „Eine Abgabe der Akte an die Staatsanwaltschaft erscheint, um den Nachrichtendienst der SA in ... nicht bloß-zustellen, unangebracht.“⁴²

Die Vorfeld-Funktion war durchaus formalisiert, nicht etwa nur auf persönliche Verbindungen aufgebaut. Am 3.2.1934 verfügte der Preußische Ministerpräsident für die Zusammenarbeit zwischen dem ND der NSBO und der Gestapo: „Die A-Referenten, denen in der Staats-polizeistelle (...) Diensträume zur Verfügung zu stellen sind, werden alle ihre Beobachtungen und Feststellungen den Staatspolizeistellen zugänglich machen. Die Staatspolizeistellen haben die Pflicht, ihrerseits die A-Referenten ... über wichtige Beobachtungen und Vorgänge einschlägiger Art zu unterrichten, um dadurch die Beobachtungs- und Ermittlungstätigkeit der A-Referenten (...) zu fördern, anzuregen und in der richtigen Bahn zu halten.“ In der richtigen Bahn hielt die Stapo die Arbeit des ND der NSBO auch dadurch, dass dessen V-Leute erst nach Prüfung und Genehmigung durch sie eingesetzt wurden. So trugen die Parteinachrichtendienste auf effektive und funktionale Weise zur Etablierung und Sicherung des NS-Regimes bei.⁴³

41 BStU MfS HA IX Nr. 12067 Bl. 365ff. Die Darstellung, die keinen Verfasser nennt, scheint beim SD in Sachsen formuliert worden zu sein, wenn auch nach zentraler Vorlage.

42 HStA RW 58 7095 Bl. 6.

43 Roth: Facetten, S. 11ff. – Die Stapo Düsseldorf bestätigte dem *Gestapo* Berlin für 1933/34 ein „enges Zusammenarbeiten zwischen der Politischen Polizei und dem Nachrichtendienst“ der NSDAP, HStA

Das lässt sich erst recht für den SD sagen. Der SD war – sicher für die Zeit bis Mitte 1937, als er seine Ermittlungsakten an die Gestapo abgeben musste⁴⁴ – diejenige „Vorfeldorganisation“ der Gestapo, die dieser, vor allem angesichts ihrer eher knappen Ausstattung, erst die erfolgreiche Arbeit gegen die illegale KPD möglich machte. Dabei ist das „Vorfeld“ als tief hineinreichend in die eigentlich polizeiliche Ermittlungsarbeit zu sehen, etwa bei der Vernehmung festgenommener illegal arbeitender Kommunisten.⁴⁵

Eine ganze Reihe von V-Leuten war nacheinander und auch nebeneinander für SA, SD und Gestapo tätig. So kürzte bei einem langjährigen VM die Stapo (wohl 1934) die wöchentlich gezahlte Vergütung, weil seine Arbeitsergebnisse mit zunehmender Entfremdung von der KPD magerer wurden. Sie verwies ihn „in dieser Frage“ zugleich an den SD, für den er inzwischen „viel ... tätig“ war.⁴⁶

Die Zusammenarbeit unter den nationalsozialistischen Nachrichtendiensten und zwischen ihnen und der Gestapo war (auch) bei der Bekämpfung der illegalen Kommunisten durchaus nicht immer reibungslos. Aber im Ganzen war die Zusammenarbeit zu Lasten der illegalen KPD sehr wirkungsvoll.

Freiwillige Mitarbeit von (ehemaligen) Kommunisten als VM gab es auch bei der Polizei. Diese Gruppe von VM ist nach ihrer Parteibindung und nach ihrer sozialen Herkunft höchst gemischt. Sie reicht von einer aktiv mit der KPD sympathisierenden Prostituierten aus niederrheinisch-katholischem Milieu in Geldnöten⁴⁷ über nachrichtendienstliche Halbprofis, einer davon Parteijournalist ohne gesicherte Existenz, bis zu dem Parteifunktionär, der sich vor Antritt seiner Funktion als illegaler OrgSekretär der Roten Hilfe im Bezirk Niederrhein im März 1933 der Stapo Düsseldorf verpflichtete und für sie arbeitete.⁴⁸

Aufbau des Gestapo-VM-Netzes – Motive und Qualitäten der VM

Ein großer Anteil der kommunistischen V-Leute ist von der Gestapo im Zusammenhang mit ihrer Situation als Schutzhäftling, Untersuchungsgefangener oder Strafgefangener in Dienst genommen worden. Mindestens in den späteren 30er Jahren gehörte es bei der Gestapo

RW 58 7095 Bl. 39ff. (Schr. v. 18.1.1935). Vfg. des PreußMP zitiert nach Schreiben des „Verbindungsführer zum Geheimen Staatspolizeiamt bei der Obersten Leitung der P.O. N.S.B.O.“ v. 23.3.34 an A-Ref 4 in Düsseldorf, BArch NS 5/IV Nr. 14 Bl. 20f. Meldung des Ref. A 4 Düsseldorf an den Verbindungsführer, a.a.O. Bl. 31. Schr. A Ref. 13 Köln an Verbindungsführer v. 20.2.34, BArch NS 5/IV Bd 20 Bl. 53.

44 Erlass des C.d.S. B. Nr. 4957/37 v. 1.7.1937.

45 Nicht zuletzt die Feststellungen in den Nachkriegs-Strafverfahren gegen den SD V-Mann Josef Huppertz und den SS „under-cover“-Agenten Hermann Nosbüsch belegen das beispielhaft. Vgl. BArch Koblenz Z 38 218; BArch Koblenz Z 38 450 und HStA (Kalkum) Rep. 372/67.

46 Vgl. etwa W.H. HStA RW 58 26498; E.H. RW 58 38667; W.R. RW 58 1997, 7095, 17713; W.Sch. RW 58 58696. J. Huppertz RW 58 7573 Bl. 105f.

47 Später wurde sie zu 3 Jahren Gef. wg. VzH verurteilt, HStA RW 58 57215.

48 R.P. HStA RW 58 55106 und 53747; G.Sch. RW 58 3885 Bl. 88.

po zur Regel, bei jeder Festnahme eines Kommunisten zu prüfen, „ob sich der Betreffende als V-Mann eigne“.⁴⁹

Die „erste Generation“ solcher VM wurde aus der großen Zahl der Kommunisten genommen, die Anfang März 1933, gleich nach dem Reichstagsbrand, in Schutzhaft genommen worden waren. Die Mehrzahl von ihnen hatte nur kleine örtliche Funktionen in der Partei. Sie gaben Genossen preis, mindestens zwei von ihnen taten das einer großen Zahl von Genossen an. Nach höchstens drei Jahren erschienen ihre Namen in Schwarzen Listen oder anderen illegalen Publikationen, in denen vor ihnen gewarnt wurde.⁵⁰

An einigen Fällen dieser Gruppe zeigt sich bereits die dann immer wieder zu beobachtende Situation, dass von V-Leuten kommunistischer Herkunft der Gestapo preisgegebene Illegale einige Zeit später ihrerseits als VM in Dienst genommen werden.⁵¹ Der Gedanke liegt nahe, dass die Erfahrung der Preisgabe durch (ehemalige) Genossen, die für die Nationalsozialisten tätig waren, die Hemmschwelle bei der späteren eigenen Entscheidung für die Gestapo herabsetzte.

Die Motive, sich in Dienst nehmen zu lassen, waren im Übrigen erst einmal die nächstliegenden: Aus der Schutzhaft herauszukommen, nicht damit rechnen zu müssen, alsbald wieder festgenommen, womöglich ins KZ verschickt zu werden.⁵² Bei dem, der lange VM blieb, verschob sich offenbar mit der Zeit die Motivation, entwickelte sich bisweilen ein eigenartiges Machtgefühl in der Ohnmachtssituation. So hat schon Peukert darauf hingewiesen, dass Hermann Schottenheim, der „VM 49“, zeitweise Vorstandsmitglied im Ruhrbezirk, sich vom „Ausgelieferten“ – der nach langen Monaten die Schutzhaft nicht mehr zu ertragen vermochte – zum „Ehrgeizigen“ im Sinne der Gestapo entwickelt habe; er lieferte ihr die Empfehlungen für die richtige Zugriffssituation. Inzwischen zugängliche MfS-Akten verstärken

49 SS-Obersturmbannführer Müller bei der Besprechung der leitenden Beamten der Kommunistenabwehr, der Referenten der Abteilung II des Gestapo und der Referenten des SHA des RFSS am 29.1.1937, BArch ZC 20052 Bl. 184f.

50 Z.B. H.B., StA MS GStA Hamm OJ 1003/33 Nr. 15953 Bl. 155f.; W.F., HStA RW 58 48171 Bl. 1–9, SAPMO BArch RY 1/I 2/3/105 Bl. 32; J.I. HStA RW 58 46820. Es ist allerdings heute schwer festzustellen, wen die „Schwarzen Listen“ (die vor 1933 angeblich in 250 Expl. gedruckt und an alle zentralen Stellen der Partei und der Massenorganisationen verteilt wurden; vgl. BStU MfS HA IX/11 SV 1/81Bd 223 Bl. 71 „Methoden der Warnung und Unschädlichmachung“) in der Zeit der Illegalität erreicht haben; möglicherweise nur sehr wenige von denen, die es anging, wohl aber die Gestapo. Anders ist kaum nachvollziehbar, dass z.B. Josef Huppertz trotz öffentlichem Auftritt als Zeuge für die Anklage vor dem Reichsgericht im März 1933 noch 1934 in Wuppertal, 1935 in Brüssel, 1936 in Holland und 1938 in Recklinghausen als angeblicher illegaler Kommunist erfolgreich für Gestapo und SD tätig werden konnte (HStA RW 58 7573). Anscheinend auch wegen ihrer Ineffektivität wurde die Herausgabe der „Schwarzen Listen“ 1937 eingestellt. Vgl. BStU MfS JHS 22063 S. 254.

51 Als Beispiele vgl. a) F.L.: Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus, S. 163, Anm. 44. BArch ZB II 1083 Bl. 9ff. b) J.K.: BArch Koblenz Z 38/600, Bl. 7, 31. BArch ZB II 1083 Bl. 9ff. HStA RW 58 48384. c) F.D.: HStA RW 58 2226, vor allem Bl. 51ff.

52 Eine eingehende Untersuchung der Motive der VM, der freiwilligen wie der unter den unterschiedlichsten Formen und Stufen psychischen und physischen Zwangs in Dienst Genommenen, bleibt einer Weiterentwicklung dieser Untersuchung vorbehalten. Hier werden zunächst nur einige typische, deutlich zu Tage liegende Motive dargestellt.

diesen Eindruck.⁵³ Im Einzelfall zeigte sich so etwas wie ein eigenartiges Arbeitsethos, wenn ein VM, der der Gestapo umfangreiche Angaben über einen später in der Haft umgekommenen Genossen gemacht hatte, auf die Feststellung Wert legte, er könne „sagen, dass diese Berichte von mir immer sehr objektiv abgefasst worden sind und nichts darin enthalten ist, was er nicht getan hat“.⁵⁴

Eine, nicht nur in der ersten VM-Generation, sich häufende „Qualifikation“ von VM ist unübersehbar: Von den über 70 detailliert erfassten V-Leuten sind mindestens 12 wegen krimineller Delikte, die anscheinend nicht politisch motiviert sind, zum Teil erheblich vorbestraft, meist wegen Vermögens- und Gewaltdelikten.⁵⁵ Zwei von ihnen waren wegen der Unterschlagung von Geldern der Partei oder von Nebenorganisationen ausgeschlossen, aber wieder aufgenommen oder jedenfalls im Umfeld der Partei geduldet.⁵⁶ Dass eine proletarische revolutionäre Partei nicht kleinlich sein konnte bei der Aufnahme straffällig Gewordener, lag in ihrer Natur. Dass sie damit ein Potential charakterlich ungefestigter Mitglieder hatte, die sich in kritischer Situation nicht solidarisch verhielten, war wohl kaum zu ersparen des Lehrgeld.

Geld spielte gewiss gerade bei dieser Gruppe von VM (aber nicht nur bei ihr) als Motiv für ihre Tätigkeit eine Rolle. Allerdings galt auch in der NS-Zeit bei der Entlohnung von V-Leuten der Sparsamkeitsgrundsatz.⁵⁷ Bei V-Leuten, die nicht nur ad hoc entlohnt wurden, lag das wöchentliche Entgelt in den 30er Jahren zwischen 15 und 50 Mark, später stieg es in einem Fall bis auf 80 Mark. Die erhielt der VM Gi 21. Der hatte sich nach seiner Festnahme 1935 in Düsseldorf qualifiziert, wo er eine Skizze über den Aufbau des technischen Apparats gefertigt hatte und wo dank seiner Aussagen „die fast restlose Zerstörung der politischen und technischen Organisation [scil. der illegalen KPD] in Wuppertal, Solingen, Remscheid und Umgegend“ gelang.⁵⁸

53 Detlev Peukert: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 2, Wuppertal 1980, S. 282f. (im Folgenden: Peukert: Die KPD). BArch ZC 14107 Bd 2 (nicht pagin. Vorg.), offenkundig vom MfS zur Zusammenfassung der Belege zum VM 49 zusammengestellt.

54 So der RSHA-VM Reinhold Huber („Hoffmann“) zu Max Langusch bei einer Aussage im Juni 1942 in Essen, BArch ZC 11376 Bl. 139ff. Das Amt quittierte diese Einstellung von Huber mit einer ungewöhnlichen Charakterisierung als „charakterlich wertvoller und ehrlicher Mitarbeiter im Gegensatz zu einem als ‚Agenten‘ tätigen Manne“, BArch ZC 10251 Bl. 11f.

55 F.C. z. B. hatte zahlreiche Vorstrafen als Dieb, Hehler, Erpresser, Schmuggler, HStA RW 36–12 Bl. 63, 57, 56, BArch ZC 19840; J.K. hatte von 1923–1932 10 Verurteilungen wegen Vermögens-, Gewalt- und Ordnungsdelikten, HStA RW 58 20116.

56 J. Huppertz, HStA RW 58 66864 Bl. 10; W.R., RW 58 1997.

57 So ausdrücklich: VfG Gestapo/Stapoleitstelle Düsseldorf IC v. 16.7.37 Geheim, HStA RW 36–8 Bl. 211ff. Allerdings ging es andernorts anscheinend großzügiger zu, vgl. BArch ZC 20052 A. 13 Bl. 212ff., Stapostelle Leipzig, 8.7.37, betr. Besprechung der in der Abwehr marxist. Bestrebungen tätigen Beamten der Gestapo in Sachsen bei der Stapoleitstelle Dresden am 7.7.37, wo es ausdrücklich hieß, die Mittel zur Bezahlung dieser V-Leute seien vorhanden. Im Interesse der erfolgreichen Bekämpfung marxistischer Bestrebungen solle nicht mit Westentaschenbeträgen gearbeitet werden.

58 BArch R 58 3777 Bl. 193f.

Die nächste Generation der VM bestand dann fast nur aus solchen Kommunisten, die eine Verurteilung, in der Regel wegen Vorbereitung zum Hochverrat, und die Strafhaft (weitgehend) hinter sich hatten.⁵⁹ Sie wurden in der Regel im Zusammenhang mit ihrer Haftentlassung in Dienst genommen, stets im Bewusstsein der KZ-Einweisung als Alternative. Zwar legten Gestapobeamte nicht selten Wert darauf festzuhalten, die Verpflichtung sei freiwillig geschehen; doch gibt es kaum Fälle, die nicht wenigstens ahnen lassen, wie es um diese Freiwilligkeit bestellt war.⁶⁰ Auch die mindestens vier Fälle zugesagter VM-Arbeit mit anschließender Flucht ins Ausland oder passiver Verweigerung lassen den Druck, der auf den Betroffenen lastete, nicht nur ahnen.⁶¹ Allerdings musste eine hinreichend geschickte passive Verweigerung keine bösen Folgen für den in Dienst Genommenen haben.⁶²

„Spitzelabwehr“ durch die illegale KPD

Fast alle diese Kommunisten durften nach den Grundsätzen der illegalen Partei eigentlich kaum eine Chance haben, aus der Sicht der Gestapo erfolgreiche VM-Arbeit zu leisten. Der entscheidende Grundsatz lautete: „Jeder [scil. aus der Gestapohaft] Entlassene, mag er sich noch so gut gehalten haben, darf nicht in die illegale Arbeit einbezogen werden! Wenn wir ihn auch noch so schwer vermissen.“⁶³ Dem entsprach auch eine Einsicht auf Seiten der Gestapo: Ehemalige Strafhaft- und Schutzhaftgefangene seien am ungeeignetsten; sie könnten erst nach zwei bis drei Jahren wieder Fuß fassen.⁶⁴

Nur: Dieser Grundsatz wurde in der Realität nicht durchgehalten. Er war für die illegalen Kommunisten nicht durchzuhalten angesichts der ständigen Dezimierung der illegalen Kader durch Verhaftungen. Er war auch nicht durchzuhalten angesichts des Minimums an Vertrauen von Genosse zu Genosse, ohne das illegale Arbeit nicht möglich war.⁶⁵ Er war aber

59 Z. B. K.D. HStA RW 58 50930; R.F. RW 58 51320; E.G. RW 35–12 Bl. 7, 11ff.; K.H. RW 58 9294 Bl. 44; K.K. RW 58 27078; J.M. RW 58 67560; J.T. RW 58 63816.

60 Z. B. F.W. HStA RW 58 52078 Bl. 30; J.Th. RW 58 38364 Bl. 15f.; J.St. RW 58 11982.

61 M.K. HStA RW 58 4678 Bl. 117R; R.M. RW 58 4678 Bl. 183. Mallmanns generelle Feststellung, dass die VM-Verpflichtung „nicht die Chance selbstbestimmter Entscheidung“ geschmälert habe (Klaus-Michael Mallmann: Brüderlein & Co. Die Gestapo und der kommunistische Widerstand in der Kriegsendphase, in: Gerhard Paul/Klaus Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2000, S. 270ff., S. 276) wird m. E. der Zwangslage mancher VM nicht gerecht, die Grund hatten, beim Nachweis falscher Berichte oder Verschweigen von Informationen (neuerliche) Verhaftung und KZ-Einweisung zu fürchten.

62 Typisch: O.E. aus Rheydt, HStA RW 58 24157.

63 Guardian: Gestapo!, in: Die Internationale, Heft 6/7 1936 S. 71ff. (73f.).

64 BStU MfS HA IX Nr. 5161 Bl. 149–151 und Nr. 12068 Bl. 59–60.

65 Der Grundsatz wurde nicht etwa nur auf der örtlichen oder regionalen Ebene durchbrochen (so versuchte der illegale PolLtr Ernst Bertram in Wuppertal den haftentlassenen Heinrich Muth mit dem Hinweis zur Mitarbeit zu gewinnen, „dass viele entlassene Schutzhäftlinge wieder im Apparat tätig seien und positive Arbeit leisteten“; StA MS GStA Hamm 1. Inst. Nr. 6832 Bl. 10R), sondern auch da, wo die KPD-Landesleitung oder das Politbüro zu entscheiden hatten. Eins der deutlichsten Beispiele ist der Fall Arthur Schubotz aus Dessau. Schubotz wurde nicht nur nach sieben Monaten KZ-Haft und drei Monaten Erholungspause im Frühjahr 1934 von der LL als Instrukteur für Sachsen einge-

auch für die Gestapo nicht durchzuhalten. Sie hatte aus ihrer Sicht immer zu wenige V-Leute, und es gab keine Situation, in der sie einfacher zu gewinnen waren, als zwischen zu Ende gehender Strafverbüßung und drohender KZ-Haft.

Aus einem illegalen Treffen meist älterer KPD-Mitglieder in Düsseldorf vom Sommer 1936 berichtete ein V-Mann die übereinstimmende Auffassung, man solle die alten Kämpfer der KPD, welche im KZ gewesen seien (oder im Gefängnis), zur illegalen Arbeit heranziehen. Denn diese Leute würden nie Verrat üben oder Nationalsozialisten werden.⁶⁶ Tatsächlich wurde die Tätigkeit von V-Leuten aus den Reihen der Partei und die von „Verrätern“ – wie vor allem die Verhafteten genannt wurden, die sich als sehr aussagewillig erwiesen⁶⁷ – den illegal arbeitenden Kommunisten so gefährlich, dass die Partei mit fast allen Mitteln dagegenzuhalten versuchte.

Wer immer sich, gleichviel unter welchen Umständen, der Gestapo gegenüber zur Arbeit verpflichtete, sollte aus der Partei ausgeschlossen werden. „In diesem Punkt“, so hieß es in einem nur mit dem Wort ‚Gestapo‘ überschriebenen Beitrag in der ‚Internationale‘, „kann es keine Konzession geben, ganz gleich, auf welche Partei-Vergangenheit ein Mitglied zurückschauen kann. Argumente, die darauf hinauslaufen, die unerbittliche Behandlung solcher Fälle durch die Partei als „Bürokratismus“ anzusehen, dass man den verhafteten Genossen doch die Gelegenheit geben müsse, der Gestapo gegenüber zu „manövrieren“, müssen abgelehnt und schärfstens bekämpft werden.“⁶⁸

setzt. Das Politbüro selbst ordnete seinen Einsatz als Techniker in der Grenzarbeit im Westen an, nachdem er im Sommer 1935 nach kurzer Verhaftung in Magdeburg erneut freigekommen war. Als „Günther“ – wie er hier hieß; vgl. HStA RW 58 16973 Bd I Bl. 177, Vernehmung Erich Wöseler – im Sommer 1936 in Holland als „Verräter entlarvt“ wurde (noch in dem nach seiner „Suspendierung“ durch die Emi-Leitung Anfang Mai 1936 gelieferten Bericht an die Gestapo v. 17.5.1936 hatte er umfangreiche Angaben über die illegale Partei im ganzen Westen zwischen Aachen und Hamm gemacht), arbeitete er schon fast ein Jahr als VM des RSHA. Noch Anfang 1937, nach seiner Flucht nach Deutschland, stand er auf der VM-Lohnliste des RSHA. Vgl. R. Müller, Akte Wehner, S. 255ff. (284f.), Antwort auf den Fragenkatalog der Kaderabteilung Frage 16; BArch ZC II 13 Bd 10 Bl. 170; BArch R 58 3237 Bl. 88ff. (VM-Bericht von Schubotz – VM Gi 1 – v. 17.5.36); SAPMO BArch RY 1/I 2/3/18b Bl. 585 (Auftrag des PB); BStU MfS HA IX/11 SV 24/80 Bd 2 Bl. 30 (Bericht Mertens v. 27.5.37); BArch ZB 7126 A. 3 Bl. 49 (Lohnliste V-Leute).

66 HStA RW 58 17713 Bl. 6R,7, 9R,10.

67 Der Übergang vom einen zum anderen konnte fast fließend sein: Fritz Domning, der „Obertechniker West“ wurde im April 1934 aufgrund eines VM-Hinweises in Essen festgenommen. Er zeigte sich sogleich sehr aussagefreudig, war aber dann auch bereit, einen Dortmunder Druckereibesitzer, wie früher verabredet, aber nun zusammen mit bereitstehenden Stapobeamten, in ein Café zu bestellen und ihm einen Auftrag für die K.P.D. zur Herstellung einer illegalen Schrift für die R.G.O. zu geben. Der Drucker wurde sogleich festgenommen. HStA RW 58 2226.

68 W. Glasbrenner: Gestapo, Die Internationale, Heft 3/4 1938 S. 78ff. (85). (Glasbrenner war das Pseud. für Paul Bertz, damals im Sekretariat des ZK der KPD zuständig für Sicherheitsfragen; vgl. Franz Dahlem: Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939, Bd 1, Berlin 1977, S. 196f.) Tatsächlich wurde die Schwester des mehrfach erwähnten Düsseldorfer Parteifunktionärs und VM Jos. Huppertz ausdrücklich wegen ihrer Zusage, für die Gestapo arbeiten zu wollen, aus der Partei ausgeschlossen. Tätigkeit für die Gestapo wurde ihr nicht vorgeworfen. SAPMO BArch RY 1/I 2/3/104 Bl. 65ff. (71, 84).

Ein Ausschnitt aus dem geheimen Bericht eines Instrukteurs aus dem Herbst 1933 über „Letzte Verhaftungen im Ruhrgebiet (August/September)“ beleuchtet die Situation überdeutlich:

„1. Anfang August wurde die *RGO* [*Revolutionäre Gewerkschaftsopposition*]-Leitung Dortmund (3. Garnitur) verhaftet.

Grund: Verrat eines Mitgliedes nach Mißhandlung durch *SA*.

2. Mitte August wurde fast der gesamte Funktionärkörper Bochum verhaftet.

Grund unbekannt, da seitdem alle Verbindungen mit *B.* abgerissen.

3. Ende August wurden in Essen 35 Funktionäre verhaftet.

Grund: Arbeit eines früher wegen Spitzelei ausgeschlossenen Mitgliedes, das aber wieder Anschluß an die Organisation gefunden hatte.

4. Ende August wurde die Jugendbezirksleitung nebst 15 anderen Jugendfunktionären verhaftet.

Grund: Verrat eines Mitgliedes der Jugend-BL [Bezirksleitung], das bereits mehrfach diese Absicht geäußert hatte, aber in der BL belassen wurde, da man die Äußerungen als Scherz betrachtete.

5. Anfang September wurden 20 führende Funktionäre der *RH* [*Rote Hilfe*] verhaftet.

Grund: Auffinden von Material, bei dem sich ihre Adressen befanden.

6. Einige Tage später erfolgte die Verhaftung der *RH*-Bezirkskassiererin sowie zweier weiterer *RH*-Funktionäre.

Grund: Ungeschicktes und unkonspiratives Verhalten der Kassiererin.

7. Mitte September wurden einige führende *RFB*-Funktionäre verhaftet.

Grund: Spitzel in der Gauführung. Untersuchung läuft noch.

8. Mitte September wurden zwei führende Funktionäre des Litapparates verhaftet.

Grund: Verrat eines früheren Mitgliedes, das wegen Unterschlagung ausgeschlossen war.

9. Gleichzeitig erfolgte die Verhaftung der *UBL* [Unterbezirks-Leitung]

Grund: noch nicht festgestellt.“⁶⁹

Allerdings hielten böse Erfahrungen mit Spitzeln aus den eigenen Reihen die illegale Partei nicht davon ab, selbst weiter nachrichtendienstlich aktiv zu bleiben.

„Alle Genossen der Nachrichten- und Gegnerabteilungen“ erhielten im Frühjahr 1933 den Auftrag, in allen *NSDAP*-Organisationen kurzfristig personen- und sachbezogene Informationen, vor allem im Hinblick auf Bewaffnung, Ausbildung an Waffen, Aufbewahrung der Waffen, zu sammeln. „Die Gegnerobleute haben sofort zuverlässige Genossen aus bestimmten Gründen aus der Organisation auszuschließen, der Ausschluß des fraglichen Genossen ist sofort unter allen Mitgliedern zu verbreiten. Aufgabe des ausgeschlossenen Genossen ist folgende: Anschluß suchen an gegnerische Organisationen unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßnahmen Organisierung der Berichterstattung.“⁷⁰

⁶⁹ SAPMO BArch RY 1/I 2/3 104 Bl. 9.

⁷⁰ BStU MfS HA – IX/11 SV 1/81 Bd 36 Bl. 186, 204, 326ff. In die gleiche Richtung ging ein an das

Angesichts der längst unübersichtlich gewordenen gegenseitigen Durchdringung von KPD und SA musste solch ein Auftrag große Risiken nicht nur für die einzusetzenden Genossen bedeuten.⁷¹

Die illegale Partei bezahlte denn bisweilen auch teuer für Versuche, weiterhin mit nachrichtendienstlichen Mitteln dem Gegner zuzusetzen: In Kassel hatte ein neuer Bezirksleiter für Hessen-Waldeck um die Jahreswende 1934/35 den AM-Apparat einschließlich der Verbindung zur NSDAP und Wehrmacht mit ehemaligen Kommunisten wiederaufgebaut. Die Ressortleiter kannten einander und waren über die Arbeit der anderen informiert. Ein für diesen AM-Apparat tätiger Genosse unterhielt Verbindung zu einem Stapo-Beamten. Dieser Genosse stand im Verdacht, Parteigelder unterschlagen zu haben und sehr materiell eingestellt zu sein. Es bestand ein nachher bestätigter Verdacht, dass er die Verbindung zur Polizei nicht nur zugunsten der KPD unterhielt. Die Beziehungen zu ihm wurden aber nicht eingestellt wegen der Möglichkeit, über ihn Nachrichten aus der Polizei zu erhalten.

Ein Ressortleiter des AM-Apparates nahm Kontakt zu einem entlassenen Polizeibeamten auf, von dem er Kontakte zu anderen Polizeibeamten erhoffte. Der benachrichtigte sofort den SD-Leiter in Kassel und hielt den Kontakt in dessen Auftrag. Als der Ressortleiter vorsorglich versetzt werden sollte, erfuhr er das über seinen Kontaktmann der SD. Er wurde festgenommen, und legte im Sommer 1935 ein umfassendes Geständnis über die illegale KPD in Hessen-Waldeck ab. Bis gegen Ende 1935 wurden in dem Bereich ca. 1.200 Personen wegen illegaler KPD-Tätigkeit festgenommen.⁷²

Andererseits versuchte die illegale Partei, gelegentlich auch Genossen und Sympathisanten im Umfeld der Betroffenen, vermutete oder erkannte V-Leute bloßzustellen und abzustrafen. Das entsprach der Vorgabe des Politbüros der illegalen Partei: „Wir müssen diese Spitzel und Provokateure nicht nur [nicht] verschweigen, sondern die revolutionäre Arbeiterschaft in den Kampf gegen diese Polizeielemente einbeziehen und eine Massenstimmung, einen Massenkampf gegen diese Elemente (zu) organisieren, um sie einzuschüchtern.“⁷³

Ein Instrukteur meldete 1934 solche Vorfälle an das Politbüro der Partei: Die Solinger Abwehr konnte vier „kleine Gestapo-Agenten (ehem. Mitgl.)“ überführen. Kein Solinger

Reichsinnenministerium gelangtes Rundschreiben der „Zentralkampflfg. Ruhrgeb. Abt.Org.“ vom März 1933 mit dem Auftrag „Erste Aufgabe ist also Beschaffung eines Informationsapparates zur Beobachtung des Gegners“; vgl. BStU MfS HA IX/11 SV 1/81 Bd 105 Bl. 2ff. Auch im Sommer 1935 machte die Gestapo in München-Gladbach noch einen Blockwalter der DAF ausfindig, der aktiv in der illegalen KPD tätig war, BArch NS 5/IV Bd 28 Bl. 32.

71 Erst gegen Ende 1935 befreite das PolBüro den militärpolitischen Apparat auf Vorschlag von Hermann Nuding („Degen“) von der Nachrichtenbeschaffung [„Der Umbau der Partei erübrigt einen Nachrichtenapparat in den unteren Einheiten bis zur Bezirksleitung ...“] und konzentrierte ihn auf die Abwehr von „Spitzeln und Provokateuren“ und auf die Überprüfung der Kader, vgl. Kaufmann u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 396ff. und das dort (etwas ungenau) zitierte Prot. des PolBüros v. 19.10.1935, SAPMO BArch RY 1/ I 2/3 Bd 18b Bl. 686f.

72 BStU HA IX/11 SV 1/81 Bd 81 Bl. 77ff. (Bericht Gestapa II A 1 v. 31.1.38).

73 BArch ZC 20052 Bl. 115. Von der Stapoleitstelle Dresden im Nov. 1936 an ihre nachgeordneten Stellen weitergegebene „konspirative Anweisungen“ der KPD von Mai 1935. Diese „Anweisungen“ gehen mindestens inhaltlich deutlich auf den in Anm. 14 erwähnten Bericht an das PolBüro der KPD zurück.

Arbeiter spricht mehr mit den vier Leuten, in ihrem Wohnbezirk werden sie in jeder Weise boykottiert.

Der Polizei-VM Josef Huppertz, Düsseldorf, in der Legalität bis in Bezirksfunktionen tätig, wurde zu Beginn der Illegalität entlarvt. Die öffentliche Anprangerung führte dazu, dass Huppertz nach seiner Rückkehr von einer Gerichtsverhandlung, wo er als Zeuge gegen ehemalige Genossen aufgetreten war, von drei Arbeitern in seiner Wohnung aufgesucht, aus dem Bett geholt und krankenhausreif verprügelt wurde.⁷⁴

Die illegale Zeitung „*Abwehr*“ berichtete 1935, wie ein Betriebsspitzel durch Anschlag am schwarzen Brett erfolgreich „aus dem Dunkel“ geholt worden sei.⁷⁵

Eine erhebliche Zahl von vermuteten und wirklichen V-Leuten erfasste der Abwehrrapparat der illegalen Partei in den anstelle der früheren Spitzel-Almanache herausgegebenen „Schwarzen Listen“, zum großen Teil mit Personenbeschreibungen und Arbeitsfeldern. Es ist allerdings kaum anzunehmen, dass unter den Bedingungen der Illegalität die früher einmal in einer Auflage von etwa 250 in der Partei verteilten Listen nun die zu Warnenden zuverlässig und rechtzeitig erreichten. Doch behielten sie auch dann ihren Wert gegenüber der Gestapo, die öffentlich gemachte V-Leute nicht mehr oder nur mit begrenzter Erfolgsaussicht einsetzen konnte.

Zusätzliche Warnungen vor „Spitzeln und Provokateuren“ gab es gelegentlich auch in der illegal erscheinenden „*Roten Fahne*“.⁷⁶

Auch gegenüber denen, die die illegale Partei als „Verräter“ ansah, verordnete sie sich selbst äußerste Härte: „Es ist klar, dass Aussagen über Organisation und Genossen als schimpflicher Verrat zu beurteilen sind und nicht wegen der erlittenen Misshandlung, seien es auch die fürchterlichsten, zu entschuldigen sind.“ Doch schloss sie die Möglichkeit nicht aus, Reuige nach Ausschluss aus der Partei doch wieder „revolutionäre antifaschistische Arbeit“ tun zu lassen und ihnen zur Emigration zu verhelfen.⁷⁷

Besonders hart war in den folgenden Jahren die Haltung der Parteiführung in Moskau gegenüber „Spitzeln und Verrätern“. Sie war einerseits konfrontiert mit der sowjetischen Art, die Partei von Spionen, feindlichen Elementen und Saboteuren zu säubern, andererseits weit genug weg von den Schwierigkeiten der illegal in Deutschland arbeitenden Genossen, die angesichts der ständigen Dezimierungen durch immer neue Festnahmen noch ein Mindestmaß an Strukturen im Lande zu erhalten versuchten. Es genügte ihr schon die Verletzung der Sprachregelung gegenüber den von ihr als „Verräter“ Angesehenen, um einen Genossen der „Säuberung“ durch die sowjetischen Organe zu überantworten.

So griff der Kandidat des Politbüros Herbert Wehner den aus der gemeinsamen Heimatstadt Dresden 1934 in die Sowjetunion emigrierten jüdischen Schriftsteller Helmut Weiß massiv öffentlich an. Der hatte in einer kleinen Sammlung von Erzählungen, die im zeitgenössischen Deutschland spielten (Weiß hatte kurz vor seiner Emigration noch eine Tippel-

74 SAPMO BArch RY 1/I 2/3/105 Bl.16ff.

75 BArch ZC 13625 Bl. 221ff.

76 Vgl. z.B. Rote Fahne 1936, Nr. 8, S. 8.

77 BArch ZC 20052 Bl. 113.

tour gemacht, die ihn auch ins Ruhrgebiet geführt hatte), einen von der Gestapo unter der Folter zum Spitzel gegen seine Genossen gemachten kommunistischen Stadtverordneten als „Opfer“ bezeichnet. Wehner, unter seinem Parteinamen Kurt Funk, rezensierte empört, Opfer seien die von diesem Mann der Gestapo preisgegebenen Genossen, der selbst sei ein Verräter. Und wer einen Verräter als Opfer darstelle und bezeichne, mit dem müsse sich „die entsprechende Instanz beschäftigen“. ⁷⁸ Weiß erhielt zehn Jahre Lager und anschließende „ewige Verbannung“ in Kasachstan. Er überlebte. ⁷⁹

Beeinträchtigung der illegalen Parteiarbeit durch Spitzelangst und qualifizierte VM

Die Angst vor Spitzeln und Verrätern aus den eigenen Reihen war eine ungeheure Belastung für die illegal tätigen Kommunisten. ⁸⁰ Im Frühjahr 1933 berichtete die Polizei in München-Gladbach, es stehe fest, „daß einzelne in Aussicht genommene neue Funktionäre unter dem Hinweis, es sei ihnen angesichts des hier blühenden Verrats unter den Genossen zu gefährlich, abgelehnt haben“. ⁸¹

Ein illegaler Instrukteur aus Köln, dem es kaum gelingen wollte, Verbindungen anzuknüpfen, konnte nur mühsam seine Verzweiflung unterdrücken: „Das Schlimmste ist, daß sofort Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, Verbindungen mit der KPD zu meiden, denn dort strotzte es von Spitzeln. Auch das erschwert die Arbeit. Manchmal könnte man wütend werden auf die Kölner. Das soll aber keine Entschuldigung für unsere Schwächen sein.“ ⁸²

Ein in Köln am illegalen Widerstand gegen das NS-Regime beteiligter Kommunist erinnerte sich später, es seien „eine Masse Spitzel in die Partei eingeschleust worden, von schwankenden Menschen, von Menschen, die sich kaufen ließen, die es immer gibt; fast hinter jedem Prozeß in Köln stand irgendein Spitzel, der in der Arbeiterbewegung organisiert gewesen ist.“ Und hinzugekommen sei „eine typisch ‚kölsche‘ Schwäche, die Leute redeten zuviel und es herrschten zuviel Querelen unter den Widerständlern“. ⁸³

Das Bewusstsein, bei der ohnehin durch die äußeren Bedingungen – ständiger Wechsel des Aufenthalts, knappste Existenzmittel, dürftige Kommunikationsmöglichkeiten – nervenzehrenden illegalen Tätigkeit auch noch durch Spitzel aus den eigenen Reihen gefährdet zu sein, musste die Funktionäre der illegalen KPD erheblich belasten und ihre Arbeit er-

78 Kurt Funk: Denkmal für einen Verräter? Rezension des im Staatsverlag der Nationalen Minderheiten, Kiew, 1937 erschienenen Buches „Heer im Dunkeln“ von Hans Wendt (Pseud. für Helmut Weiß), Deutsche Zentral-Zeitung, Moskau, 27.11.1937.

79 Seine Geschichte ist vom Verfasser in „EXIL“ 2/2003, S. 34ff. dargestellt worden.

80 Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 95f., spricht von einer „wahren Spitzelpsychose“.

81 HStA (Kalkum) RegDüss 30649 Bl. 138 zit. nach Schüngeler: Widerstand und Verfolgung, S. 68, Anm. 77.

82 SAPMO BArch RY 1/I 2/3/21/46 Bl. 46ff. (48), Bericht v. 14.11.193? (nicht klar lesbar, 1934 oder 1935).

83 Dirk Gerhard: Antifaschisten, Proletarischer Widerstand 1933–1945, Berlin 1976, S. 98f., 137. – Dabei ist das „Einschleusen“, von dem G. spricht, erst in den 40er Jahren der typische Sachverhalt.

schweren. Ihr Risiko wurde dann besonders groß, wenn ausgerechnet solche Genossen im Dienst der Gestapo standen, die im AM-Apparat für die Abwehr und für die Zersetzung des nationalsozialistischen Gegners verantwortlich (gewesen) waren. Das gab es alles andere als selten, auf allen Funktionsebenen, von der Hilfskraft Grete Rattai im Apparat des Ruhrbezirks, bei der „einige organisatorische Fäden zusammen[liefen]“⁸⁴ bis zum „Reichstechniker“ Franz Grybowski.⁸⁵

Der AM-Apparat, der für die Sicherheit der Partei sorgen sollte, erzeugte durch seine Tätigkeit und die dazu entwickelten Strukturen selbst einen erheblichen Teil der Gefahren, zu deren Bekämpfung er diente.

Nur noch hafterfahrene VM seit Ende der 30er Jahre – keine Freiwilligen mehr

Nach Kriegsbeginn kam es – man ist geneigt zu sagen: der Natur der Sache nach – nur noch zu Verpflichtungen solcher VM, die eine Straftat verbüßt hatten. Ein München-Gladbacher VM, der dort schon 1936/37 Dienst getan hatte, meldete sich 1943 nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe von 4 ½ Jahren „freiwillig“ als VM zurück. Für viele war die Verpflichtung als VM ein Mittel, der Einweisung in ein KZ zu entgehen.

Die letzte bekannte, aus Gestapo-Sicht erfolgreiche Verpflichtung eines freigelassenen Häftlings im Ruhrgebiet ereignete sich in Dortmund.⁸⁶ Der 1903 in Elberfeld geborene Heinrich Muth, dessen Fall etliche Male öffentlich dargestellt worden ist, war mindestens seit 1928 Mitglied der KPD. 1932 KPD-Stadtverordneter in Lüdenscheid, ab Juli 1932 Polizeileiter im UB Lüdenscheid. Im März 1933 kam er für fast 14 Monate in Schutzhaft. Danach war er illegal im Bereich Dortmund tätig. Im Januar 1935 starb sein Bruder Willy Muth in der Gestapohaft.⁸⁷ Heinrich Muth wurde ebenfalls vorübergehend festgenommen und stellte sich – offenkundig auch unter dem Eindruck des „Freitodes“ seines Bruders – nach eigener

84 So in einem Nachkriegsbericht ihrer Kollegin Henny Krey, Ruhrland Museum Essen, Archiv Ernst Schmidt, Bestand 19–274 Karton 39, Bericht für Ernst Schmidt vom August 1976. Grete Rattai wurde nach Verbüßung einer mehrjährigen Zuchthausstrafe in Essen in den VM-Dienst gepreßt, vgl. BArch ZC 17472 Bl. 45ff.

85 Im Zusammenhang mit der Festnahme Franz Grybowskis in Düsseldorf gelang der Gestapo dank dessen Auskünften – schon vor seiner späteren VM-Verpflichtung – „die fast restlose Zerstörung der politischen und technischen Organisation in Wuppertal, Solingen, Remscheid und Umgegend“, BArch R 58 3777 Bl. 193f. – In einer MfS-Analyse der Auswahl von Mitarbeitern des Apparates ist neben dem früher erwähnten Kasseler Spitzel-Fall der Bezirks-AM-Apparat in Hamburg als „besonders negatives Beispiel“ angeführt. Wegen ungenügender vorbeugender Arbeit des Apparates, der „selbst Träger linkssektiererischer Tendenzen war“ [sic!], habe die Gestapo Spitzel in der BL und im Abwehrressort des AM-Apparates unterbringen können, vgl. BStU MfS HA IX Nr. 18000 Bl. 18.

86 Der etwa zur gleichen Zeit vom Gestapobeamten Abels von der Stapo-Außendienststelle München-Gladbach im KZ Sachsenhausen als VM geworbene Otto Engels aus Rheydt hat wohl nach seiner Freilassung mit der Begründung, seine ehemaligen Gesinnungsgenossen seien reserviert ihm gegenüber, nie mehr als Stimmungsberichte geliefert, HStA RW 58 2888 Bl. 22ff.

87 Dessen Geschichte und die seiner Frau Cläre ist dargestellt bei Tania Ünlüdag, Frau Muth ist zweifelsohne als einer der größten Staatsfeinde der heutigen Regierung anzusehen, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hrsg.): „... Se krieje us nit kaputt“, Essen 1994, S. 13ff.

Aussage der Stapo Wuppertal-Elberfeld als VM zur Verfügung. Er gab den Apparat der Hager illegalen KPD preis. Als die Gestapo erfuhr, dass er weiter illegal für die KPD tätig war, wurde er im Mai 1935 verhaftet.⁸⁸ Seitdem war er in Haft, verbüßte 3 ½ Jahre Zuchthaus und wurde anschließend ins KZ Sachsenhausen eingewiesen.

Im Frühherbst 1943 bekam Muth „Bombenurlaub“ aus dem KZ. Er meldete sich bei der Stapo in Dortmund-Hörde, um seine endgültige Freilassung zu erreichen. Dem wurde stattgegeben mit der Auflage, dass er als VM arbeite („G 64“). Anfang 1944 erhielt er eine Beschäftigung beim Dortmund-Hörder-Hüttenverein als Anlernschweißer. Seine Aufgabe für die Gestapo war, Beobachtungen im Betrieb anzustellen mit dem Ziel, die illegale KPD-Gruppe Dortmund aufzudecken. Er fand Kontakt und nahm seit etwa Mitte 1944 an allen Gruppentreffen teil, entwickelte sich gar zum Wortführer dort. Seitdem berichtete er schriftlich und mündlich an die Gestapo. Erst spät sich entwickelnder Verdacht in der Gruppe gegen Muth blieb folgenlos. Anfang Februar 1945 griff die Gestapo zu. Fast 50 Personen wurden festgenommen, 28 wurden später im Dortmunder Rombergpark und in der Bittermark erschossen.

Wenig Aufklärung von VM-Tätigkeit durch Nachkriegsverfahren – Bestrafungen in Westdeutschland und in der Sowjetunion. NS-Opfer-Entschädigung für VM

Mindestens ein gleich 1933 zur SA übergegangener Kommunist, der längere Zeit für die Gestapo als VM tätig gewordene Bocholter Bernhard Welling, fand im Sommer 1945 auf dem Wege zu seiner Übergabe an die Britische Besatzungsmacht durch eben befreite Häftlinge den Tod.⁸⁹

Nachkriegs-Strafverfahren gegen V-Leute ließen sich bisher nur wenige ermitteln. Die höchste Strafe von allen kommunistischen V-Leuten der Gestapo im heutigen Nordrhein-Westfalen, zehn Jahre Zuchthaus, erhielt wohl Heinrich Muth.⁹⁰

Alfred Sitter aus Essen, dort als Apparat-Mann tätig gewesen, erfolgreicher VM „Anton“ für die Gestapo spätestens seit 1934, ging nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nach Berlin (Ost), arbeitete einige Zeit für die Vorgängereinrichtung des Staatssekretariats für Staatssicherheit, wurde auf Grund von Hinweisen aus Westdeutschland im Dezember 1949 festgenommen, nach Moskau geschafft und im Juni 1950 als Gestapo-Agent zu

88 Vgl. StA MS GStA Hamm 1. Inst. Nr. 6832, Aussagen Muth v. 15. und 23.5.1935. Den Hinweis auf diese Sache verdanke ich Dieter Nelles, Wuppertal.

89 Westfäl. Rundschau, Rundschau für Bocholt, 17. und 20.11.1954, 6. Jan. u. 12. Aug. 1955, Bocholt-Borkener Volksblatt v. 13. Aug. 1955. Eine gerichtliche Voruntersuchung wegen des Verdachts der Tötung Wellings wurde eingestellt.

90 HStA RW 58 66080; Frank Bajohr: *Verdrängte Jahre*. Gladbeck unter'm Hakenkreuz. 2. Auflage, Essen 1990, S. 138; Gerhard Paul/Alexander Primavesi: *Die Verfolgung der „Fremdvölkischen“*, in Paul/Mallmann: *Die Gestapo*, S. 400; Klotzbach: *Gegen den Nationalsozialismus*, S. 213ff. Bis in die jüngste Zeit gibt es übrigens Zweifel daran, dass Muth wirklich auf Seiten der Gestapo gestanden habe. Er habe gegenüber seiner Mutter stets beteuert, kein Verräter gewesen zu sein.

25 Jahren Lager wegen Verstoßes gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 10 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) verurteilt. Nach seiner Entlassung im Oktober 1955 kam er nach Essen zurück.⁹¹ Wenige Monate später wurde er wieder in den Polizeidienst aufgenommen, in den er um 1939 zur Belohnung für seine VM-Tätigkeit gekommen war. Seit Herbst 1962 lebte er im Ruhestand.⁹²

Franz Grybowski, der VM Gi 3 (später Gi 21) des RSHA, ging nach dem Krieg ebenfalls in die SBZ. Als seine VM-Tätigkeit bekannt wurde, brachte ihn die sowjetische Militäradministration in die Sowjetunion. Er erhielt 25 Jahre Lager wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Nach seiner Freilassung 1953 kam er in die DDR und erhielt dort eine untergeordnete Stellung.⁹³

Josef Huppertz aus Düsseldorf, der zunächst seit 1926 als VM der politischen Polizei in der Weimarer Republik, dann als VM des SD und Zuarbeiter er *Gestapo* gearbeitet hatte, wurde 1949 zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust wegen Meineid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Das Gericht fand, er habe wie ein Polizeibeamter agiert, habe auch selbst gefoltert und Geständnisse erpreßt. Selbst in der Hauptverhandlung habe er keinerlei Reue erkennen lassen.⁹⁴

Etliche V-Leute kommunistischer Herkunft, die auch selbst in der NS-Zeit in Haft gewesen waren, beantragten nach 1945 Wiedergutmachungsleistungen. Ein VM der Stapo München-Gladbach, dem die Dienststelle bescheinigte, er sei „zur Bekämpfung der Staatsfeinde aus ehrlicher Überzeugung behilflich“ gewesen und habe sich „dafür freiwillig zur Verfügung“ gestellt, erhielt 1953 zunächst die Anerkennung als NS-Verfolgter durch den Kreis-Anerkennungsausschuss Rheydt. Die Anerkennung war im Wesentlichen gestützt auf eine Bescheinigung der KPD-Kreispartei, bekräftigt vom Landesvorstand der KPD, dass der Antragsteller „vor 1933 Mitglied unserer Partei war und auch in den Jahren nach 1933 illegal gegen den Faschismus tätig war“. 1955 lehnte dann der Regierungspräsident in Düsseldorf, der inzwischen Zugang zu den Düsseldorfer Gestapoakten hatte, den Antrag endgültig ab, „da Sie auf Grund der getroffenen urkundlichen Feststellungen der national-sozialistischen

91 Datenbank Hannah-Arendt-Institut, Dresden, Aktennummer 461.198424, Quelle WL 98. Beschluss des 3. Bezirksmilitärgerichts der Russischen Föderation Nr. 551/562 n v. 26. August 2003, dass der Verurteilte nicht der Rehabilitierung unterliege, mitgeteilt von der Deutschen Botschaft Moskau RK 544–25.233 v. 12.11.2003.

92 Man kommt nicht umhin, sich bei dieser umstandslosen Reaktivierung an eine Aufforderung westdeutscher Kommunisten aus dem Jahr 1949 an ihre Genossen in der SBZ zu erinnern, „Paul“ doch gleich bei seiner Rückkehr aus der SU im Auffanglager Gronenfelde (bei Frankfurt/Oder) abzufangen und ihm einen Prozess zu machen. „Wird er nach hier entlassen, dann geschieht ihm nichts.“ SAPMO BArch RY 1/ I 2/3/117 Bl. 149.

93 In seinem erlernten Beruf als Elektroingenieur im VEB Elektrochemischen Kombinat, Berlin, BStU MfS HA IX/11 SV 1/81 Bd 66 Bl. 29. Wenn man der Darstellung bei Joseph Scholmer: Die Toten kehren zurück, Köln 1954, S. 176ff., glauben darf, verschwieg Grybowski gegenüber dem Mithäftling in Workuta nicht nur seine VM-Tätigkeit, sondern auch die Preisgabe seiner Kenntnisse über den AM-Apparat gegenüber der Gestapo und schob seine Bestrafung der verweigerten Kooperation mit der KPD/SED zu.

94 Schwurgericht Düsseldorf, BArch Koblenz Z 38 218. Vgl. auch die Ermittlungsakten HStA (Kalkum) GerRep 372 Nrn. 62–66.

Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben“. Der Betroffene beharrte protestierend darauf, „dass die ganze Angelegenheit ... von dem Geh. Staatspolizeibeamten und mi[r] fingiert war“.⁹⁵

Dagegen erhielt der VM Hein, bis zu seiner Festnahme im November 1933 AM-Leiter des Bezirks Niederrhein, nach seiner Haftentlassung 1937 von der Stapo Düsseldorf in Dienst genommen, im Oktober 1950 durch den Kreishilfssonderausschuß Bielefeld die Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes. Seine Tätigkeit als VM kam im Wiedergutmachungsverfahren nicht zur Sprache.⁹⁶

Wo von ehemaligen V-Leuten nach Kriegsende Rechenschaft über ihr Tun gefordert wurde, da beriefen sie sich immer wieder darauf, nur zum Schein mit der Gestapo zusammengearbeitet und Informationen mit illegal arbeitenden Genossen abgestimmt zu haben. Sehr ausgeprägt findet sich das etwa in dem vom „VM 49“ in Essen angestregten Wiedergutmachungsverfahren,⁹⁷ aber auch in den Erinnerungen von Karl Plesse, 1933 zeitweise Leiter der Abwehr im AM-Apparat in Essen, im April 1940 nach seiner Haftentlassung von der Stapostelle Leipzig als VM verpflichtet und auf deren Vorschlag anderthalb Jahre später mit der Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Wehrwürdigkeit belohnt.⁹⁸

Vorläufige Wertung

Die KPD hatte, nicht zuletzt dank der ihre Struktur von Anfang an mitprägenden offensiven und defensiven Nachrichtendienst-Arbeit, schon lange vor der NS-Zeit beträchtliche Probleme mit Spitzeln.

Die Beeinträchtigung der illegalen Arbeit der KPD in der NS-Zeit durch V-Leute aus ihren Reihen und ihrem Umfeld war erheblich, der Verlust an illegalen Kadern groß. Aus NS-Sicht hörte die Kommunistenbekämpfung auf, „wenn keine Vertrauensleute vorhanden seien“.⁹⁹ Die V-Leute mussten gar nicht selbst sehr viele Genossen preisgeben. Es genügte – wie die Beispiele zeigen –, wenn sie Ansätze lieferten, mit denen sich die illegale Organisation

95 Wiedergutmachungsakte Stadt Mönchengladbach (ursprünglich Stadt Rheydt, Amt für Wiedergutmachung), 25c/5659. HStA RW 58 38364 Bl. 15f.

96 RegPräs Düsseldorf Archiv Wiedergutmachungsakten, RP Detmold 132.

97 Stadt Essen Stadtarchiv/Wiedergutmachungsamt 50–8 Sch 281. H. Schottenheim unterlag schließlich 1953 mit seinen Ansprüchen. Damals waren seine VM-Berichte noch nicht bekannt, von denen mindestens einer vom Januar 1941 sogar im Original in Schottenheims Handschrift überliefert ist. Vgl. HStA RW 58 3735, 23953; BArch ZC 14107 Bd. 2 (nicht pagin. Vorg.).

98 Mallmann, Brüderlein & Co, S. 275f., akzeptiert offenbar Plesses Darstellung, ohne darauf einzugehen, dass Plesse im Dezember 1952 in der DDR wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Vgl. BArch ZC 16430 Bd XV Bl. 232ff. und BStU MfS – HA IX/11 SV 1/81 Bd 273 Bl. 156ff.

99 SS-Obersturmbannführer Müller bei der Besprechung der leitenden Beamten der Kommunistenabwehr, der Referenten der Abteilung II des Geheimen Staatspolizeiamtes und der Referenten des Sicherheitshauptamtes des RFSS am 29.1.1937, BArch ZC 20052 Bl. 184f.

aufrollen ließ.¹⁰⁰ Wirkung taten nicht nur die unmittelbaren Verluste an Kadern, sondern auch die Demoralisierung der illegal Tätigen durch die Tätigkeit von Spitzeln. Köln war dafür ein Beispiel.

Der Versuch, mit den Schwarzen Listen „Spitzel, Verräter und Provokateure“ bloßzustellen, der als propagandistisches Gegenmittel gedacht war, war – von der wohl sehr geringen Verbreitung abgesehen – zweischneidig. Er zeigte auch überdeutlich, wie groß das Problem war. Jedem Illegalen musste bewusst sein, dass hinter jedem über die Schwarze Liste bloßgestellten VM mehrere unentdeckte standen.

Ursachen, Ausmaß, Motivation, Charakteristik der Tätigkeit von V-Leuten kommunistischer Herkunft in Diensten der Gestapo (und des SD) sind bisher ganz unzureichend erforscht worden.¹⁰¹ In der Darstellung des kommunistischen Widerstandes in der NS-Zeit¹⁰² kommt ihre Tätigkeit bei manchen Autoren und Gedenkveranstaltern nur sehr abstrakt oder überhaupt nicht vor.

Der DDR-„Historiker“ Heinz Kühnrich, *Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933–1945*, hat 1983 für das Thema einen einzigen Halbsatz: „Die Gestapo hatte in ganz Deutschland ein engmaschiges Überwachungs- und Bespitzelungsnetz geknüpft ...“. Selbst die in der MfS- internen Aufarbeitung oft großzügig verwendeten Vokabeln „Spitzel und Verräter“ kommen bei ihm nicht vor. Kühnrich schafft es, aus einem Bericht des VM Anton zu zitieren und ihn als Gestapobericht zu bezeichnen – formal, aber auch nur formal, korrekt, weil der VM-Bericht in einen Gestapobericht eingebaut ist.¹⁰³

100 Geradezu drastisch zeigte sich das, als es von Düsseldorf geführten V-Leuten (vermutlich Josef Huppertz und Hermann Nosbüsch) gelang, sich in die Lieferung illegaler Druckschriften von Holland ins Ruhrgebiet via Winterswijk/Bocholt einzuklinken: Über die Beobachtung der ihnen mitgeteilten Essener Anlieferungsstelle gelang es der Gestapo u.a., den Techniker Ruhr festzunehmen, den UBL Duisburg-Hamborn zu einem Geständnis zu bewegen, dadurch den Gewerkschaftsmann Ruhr und über ihn den Berater Ruhr und innerhalb von ca. zwei Wochen ca. 250 illegale Kommunisten festzunehmen, Vgl. HStA RW 58 9133 Bl. 116f. (Bericht Stapo Düsseldorf v. 6.4.1935), BArch R 58 3777 Bl. 73ff. (Bericht Stapo Düsseldorf an Gestapa v. 29.5.1935), SAPMO BArch RY 1/I 2/3/104 Bl. 75 (Auswertung durch illeg. KPD); Darstellung bei Heinz-Josef Steinberg, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945*, 2.A., Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 114ff.

101 Für V-Leute sozialdemokratischer Herkunft, die für das RSHA tätig waren, hat Stefan Appelius: *Hein. Die SPD un der lange Weg zur Macht*, Essen 1999, vor allem S. 90ff., 470ff., immerhin eine knappe Darstellung geliefert. Auch er beklagt bei der Gelegenheit den Mangel an einschlägigen Untersuchungen.

102 Kaum jemand hat diesen Widerstand, vor allem den während des Krieges, mit so wenigen Worten so treffend charakterisiert wie George Kennan bei der Vorstellung von Dokumenten der Widerstandsgruppe Saefkow durch Hermann Weber: „Bedenkt man, unter welch harten Bedingungen die Mitglieder dieser kleinen Gruppe damals, mitten im Kriege und fast unter den Augen der Gestapo, ihre politische Arbeit durchführen mussten ..., so kann man ihnen nachträglich Mitgefühl und Bewunderung nicht versagen, selbst bei dem Gedanken daran, dass sie, einmal an die Macht gekommen, mit denen, die ihre Ansichten nicht teilten, nicht viel zarter umgegangen wären, als es die Nazis mit ihnen taten.“ Hermann Weber: *Dokumentation: Aus dem Kadermaterial der illegalen KPD 1945*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), S. 423.

103 Heinz Kühnrich: *Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 1983.

Ernst Schmidt hat in seiner sonst durchaus verdienstvollen Arbeit über den (KPD-)Widerstand in Essen das Thema V-Leute so gut wie ganz ausgeblendet.¹⁰⁴

Auch das Resumé, das Allan Merson aus seinen Forschungen gerade auch im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv zieht, ist nur schwer nachvollziehbar:

„There were also a few long-standing police spies who emerged and did immense harm; in addition, a few individual members, under pressure of torture or of threats against their relatives, were induced to enter the service of the police as spies or agents provocateurs. But as far as can be seen from the files of police and law courts, in Düsseldorf at least, such cases were remarkably few. The strongest impression conveyed by these records – an impression shared by the authors of many internal police memoranda – was the high degree of cohesion, loyalty and discipline among Communist Party members.“¹⁰⁵

Die Reihe solcher Verschweigungen oder kaum nachvollziehbarer Einschätzungen lässt sich fortsetzen.¹⁰⁶

Dagegen zeichnet Peukerts 1980 erschienene Arbeit über den KPD-Widerstand an Rhein und Ruhr ein kritischeres und ehrlicheres Bild.¹⁰⁷ Zwar geht auch er auf das V-Leute-Problem nicht systematisch ein, erwähnt aber doch etliche Fälle, schildert einige ansatzweise und deutet deren höchst schädliche Wirkung für die illegale Parteiarbeit an. Wohl auch das hat anscheinend als Reaktion der SED-Verantwortlichen die ganz auf „antifaschistische“ Heldenverehrung angelegte Arbeit von Kühnrich ausgelöst. Man hatte wohl von Peukert für die ihm¹⁰⁸ gewährte Einsicht in ausgewählte Akten des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin anderen Dank erwartet.

In allen einschlägigen Arbeiten bleibt der Blick auf die Strukturen und Tätigkeiten des geheimen Apparats der KPD ausgespart, die das Spitzelwesen eher begünstigten, jedenfalls schon lange vor der NS-Zeit nicht erlaubten, ihm mit durchgreifendem Erfolg zu begegnen. Lenin selbst ist der Kronzeuge für die Unvermeidlichkeit dieses Zustands.

104 Ernst Schmidt: *Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen*, Band 1, Frankfurt am Main 1980, Band 2, Essen 1988, Band 3, Essen 1994.

105 Allan Merson: *Communist Resistance in Nazi Germany*, London 1985, S. 35. Als Quellen für seine Feststellung verweist Merson auf einen 1978 erschienenen Aufsatz der DDR-Historikerin Margot Pikarski und – an anderer Stelle – auf die mdl. Mitteilung des hauptamtlichen kommunistischen Parteifunktionärs Friedrich Fränken, der ihm 1970 mitgeteilt habe, dass nur wenige überzeugte Kommunisten übergelaufen seien; er könne sich nur an zwei einigermaßen Prominente erinnern, beide Unterbezirkvorsitzende. Merson, S. 317 Anm. 33, S. 329 Anm. 5.

106 Sie beschränkte sich allerdings nicht auf die KPD. Die SPD geriet 1950 in einen heftigen Konflikt mit dem ihr bis dahin angehörenden Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, als diese darüber berichtete, „dass es in der Führungsetage der SPD eine Reihe früherer Gestapospitzel gab, die man, um sich keine politische Blöße zu geben, nicht zu enttarnen bereit war“, Stefan Appelius: *Erfolg hat nur der Unabhängige*, FAZ v. 14.5.2004, S. 44.

107 Am Beispiel des von Mammach herausgegebenen „Brüsseler Protokoll“ etwa kritisierte er scharf den „Umgang der DDR-Geschichtswissenschaft mit Quellen“, S. 197 Anm. 5.

108 Bzw. dem ihn unterstützenden Ernst Schmidt, Essen.

Die von Walter Ulbricht 1936/37 im Verlauf innerparteilicher Machtkämpfe durchgesetzte Auflösung des AM-Apparates wird durch die Erkenntnis mitbegründet sein, dass die Nationalsozialisten gerade auch mit der erzwungenen oder mehr oder minder bereitwilligen Zuarbeit von Mitgliedern dieses Apparates ihre Erfolge bei der Vernichtung der illegalen KPD erzielten. Aber die Auflösung kam viel zu spät, um den Vernichtungskampf der Gestapo noch stoppen zu können. Und sie zielte ja nicht auf eine grundlegende strukturelle Veränderung der Partei im Sinne eines Verzichts auf geheime illegale Apparate. Vielmehr diente sie der Anpassung an die sowjetischen Methoden der Parteisäuberung, mit der die KPD dazu beitrug, die Reihen ihrer Emigranten zu dezimieren und das Misstrauen untereinander zu potenzieren.¹⁰⁹

Auch Mallmann resümiert in seiner Arbeit „Kommunistischer Widerstand 1933–1945“ von 1994¹¹⁰ die Situation der illegalen KPD „systemimmanent“: „Denunziationen aus der Arbeiterschaft und V-Leute aus den eigenen Reihen waren Fakten, die sich mit den bisherigen politischen Vorstellungen nicht vereinbaren ließen und die an ihnen nagten.“ Solche Wertung ist nur möglich, wenn man die ganze Problematik von Spitzeln, V-Leuten, „Verrätern“ aus den eigenen Reihen der KPD vor der NS-Machtübernahme ebenso ausblendet wie die aktive Verwicklung der KPD in nachrichtendienstliche Auseinandersetzungen, die Ursachen dafür und den vergeblichen Kampf der KPD dagegen.

Neu war in der NS-Zeit nicht „die ganze Problematik von Spitzeln, V-Leuten und ‚Verrätern‘“; neu war, dass der politische Hauptfeind der KPD, mit dem sich die KPD über ein Jahrzehnt mit weitgehend gleichen Waffen buchstäblich „bis auf's Messer“ auseinandergesetzt hatte, die mit dem Gewinn der staatlichen Macht gewonnene totale Übermacht rücksichtslos und grenzenlos ausspielte und unmittelbar zur Vernichtung der Kommunisten einsetzte.

109 Zum „Ende des Apparats“ vgl. im Einzelnen die Darstellung bei Kaufmann u.a.: *Der Nachrichtendienst*, S. 433ff.

110 Klaus-Michael Mallmann: *Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsergebnissen und Forschungsdefiziten*, in: Steinbach/Tuchel: *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 120.